

Erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Bloty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen . 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post . . . 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Bloty,
in deutscher Währ. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen:
Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland:
Nr. 6154 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzelle (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 10 Groschen
Reklameenteil 25 Groschen)
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 75 Gr.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)



Rückblicke auf die letzten 18 Sejmmonate.

Die erste Session ist zu Ende. — Ordnung und Frieden war zu erhalten. — Die Anerkennung der Grenzen. — Nicht Surrogate, sondern tatsächliche Arbeit. — Zersetzungsprozesse. — Ueberwindung. — Nicht Wunder helfen. — Die neuen Minderheitengesetze. — Wirkliche Loyalität, nicht Hintergedanken.

Zu „Kurjer Poranny“ wird ein sehr lehrreicher Überblick gebracht über die Arbeiten, die der Sejm hinter sich hat, nachdem die ersten 18 Monate der Geschichte überantwortet sind. Wir bringen diese Darstellungen als eine ruhige polnische Meinung, die den Tatsachen in die Augen sieht, und auch vor Kritik und offenem Wort nicht zurückfährt. Sehr lehrreich ist das, was der „Kurjer Poranny“ über die Minderheitenfragen sagt. Solche Worte hat in Polen noch niemand gefunden. Zwar macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, aber die Stimme des „Kurjer Poranny“ reicht doch ziemlich weit.

„Die erste Session des ersten ordentlichen Sejm geht ihrem Ende entgegen. Die Eröffnungssession als solche hatte den Charakter einer außerordentlichen Session; sie dauerte ununterbrochen 1½ Jahre. Da die Konstitution dem Präsidenten nicht gestattet, diese Session vor der Genehmigung des Budgets zu schließen, so erklärt sich ihre lange Dauer vor allen Dingen aus den mit der Finanzlage des Staates verbundenen Schwierigkeiten. Das schwankende Geld, mit dem wir über fünf Jahre operierten, machte die Aufstellung jedes Voranschlags über die Einnahmen und Ausgaben des Staates, der Anspruch auf eine annähernde Richtigkeit haben konnte, unmöglich. Die Sanierung der Valuta wurde deshalb die erste Hauptaufgabe der Regierung und des Sejm. Diese Aufgabe war nicht nur schwer, sondern gefährlich. Der Sejm wurde außerdem seit den ersten Tagen seines Bestehens durch Vorkommnisse erschüttert, die von der gefährlichen Propaganda, die direkt gegen die Grundlagen der demokratischen Einrichtungen und der gerade genehmigten Konstitution gerichtet waren, zeugen.

Die erste Exekutive, noch durch den Sejmarschall nach der Mordtat, der der erste Präsident zum Opfer fiel, veranlaßt, und durch seinen Nachfolger bestätigt, hatte vor allen Dingen die Aufgabe, die Ordnung zu erhalten und den konstitutionellen Grundfahnen des republikanischen Organismus Achtung zu sichern. Sie legte sich dabei sofort Rechenschaft darüber ab, daß ohne eine internationale Regelung der Gesamtangelegenheiten des Staates alle innerpolitischen Maßnahmen, sowohl die wirtschaftlichen wie organisatorischen, nicht auf breiter und dauernder schöpferischer Grundlage zu treffen sind. Nachdem es damals sofort auf Grund der Initiative des Ministers Grabzki Vorberätungen zur Sanierung des Schatzes getroffen hatte, sammelte das Kabinett des Generals Sikorski seine Energie zur Beruhigung der Gemüter und um Bestrebungen zum Zerfall und Umsturz in Fucht zu halten und die Ratifizierung der kausischen und russischen Grenzen durch die Ausführgänge des Verfallers Vertrages zu erhalten. In diesem ersten Zeitabschnitt hatte die gesetzgebende Tätigkeit des Sejm keine Gelegenheit, eine wichtigere Rolle im staatlichen Leben zu spielen, was an dem Fehlen einer festen Mehrheit und an dem Chaos in der Gruppierung der Sejmparteien lag.

Sofort nach der glücklichen Erledigung der Grenzfrage gelang es der Rechten, die Pflichten für den Plan eines Regierungsurzuges und zur Schaffung eines reaktionären parlamentarischen Kabinetts zu gewinnen. Der Schaffen der September-Vorkommnisse lastete zu stark auf einigen Mitgliedern dieses Kabinetts, als daß nicht die mehrmonatige Arbeit der ersten Regierung an der Verhütung der Gemüter müßlos werden mußte. Der ganze halbjährliche Abschnitt der Regierung des rechten Kabinetts, das infolge einer Entzweiung der Pflichtenpartei kaum auf Grund einiger Stimmen eine theoretische Mehrheit besaß, war eine dauernde Folge schwerer Erschütterungen im Staatsleben und einer erregten Stimmung im Sejm. Der Finanzminister Wladyslaw Grabzki versuchte vergeblich, die begonnene Sanierungsarbeit fortzusetzen. Wie er in einer veröffentlichten Begründung seiner Demission erklärte, fand er dafür nicht das Verständnis und die Unterstützung der um die Regierung gruppierten Parteien. Nach einer kurzen Amtstätigkeit Lindes befanden sich die Finanzen in den Händen des ehemaligen Ministers für Handel und Industrie, des Herrn Rucharski, der sich augenblicklich weigert, sie auf Grund eines Sejmbeschlusses dem Staatstribunal zu übergeben.

In dem durch die Konstitution bestimmten Termin reichte der Herr Rucharski tatsächlich gewissermaßen das Surrogat eines Voranschlags ein, der jedoch keine Grundlagen für eine tatsächliche Sejmarbeit schuf. Nach den November-Vorkommnissen in Krakau war es bereits abgemachte Sache, daß das Kabinett erschüttert war. Niederlage in der Auslandspolitik, die lechzigerweise Herr Marjan Seyda anvertraut war — wie aus schlechtem Scherz über den politischen Ernst —, bedrohten Herrn Witos zur Neubildung des Kabinetts durch Beihilferufen der Hauptführer der Rechten, Dmowski und Stanislaw Grabzki. Das erschwerte jedoch nur die Mitarbeit der Pflichten mit den Interessen der Großgütervertreter und beschleunigte einen neuen Zerfall der Pflichtenpartei, der für das Schicksal der Regierung, die sich auf keine Mehrheit von Stimmen der Parteikoalition mehr stützen konnte, entscheidend werden mußte.

Das ganze erste Jahr der gesetzgeberischen Tätigkeit des Sejm verlief auf diese Art und Weise viel mehr in politischen Kämpfen, als in schöpferischer Arbeit. Die Finanzkatastrophe gestaltete sich insofern im Verlaufe des 2. Halbjahres zu drohend, die Verstimmung in den wichtigsten Organen des Staates trat in so beunruhigender Weise hervor, daß man radikale Hilfsmittel ergreifen mußte. Die Herrn St. Thugutt an-

vertraute Neubildung der Regierung. — Thugutt war Vorsitzender der zahlenmäßig stärksten Oppositionspartei im Verhältnis zur vorhergehenden Regierung —, hatte keinen Erfolg, trotzdem Thugutt, weil er natürlich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Parteien Dmowski und Grabzki abwies, die Parteien der Pflichten und der Chadeja um Unterstützung ersuchte.

Sowohl die Rühle, als auch die Bedingungen dieser Parteien, wie auch die Unlust der von Thugutt vertretenen Partei, sich mit Elementen der Rechten zusammenzusetzen, bewogen Thugutt seine Mission niederzulegen. Daraufhin rief dann der Präsident der Republik Herrn Wladyslaw Grabzki an das Steuer der Regierung, der, — nachdem er sich einer Anzahl von Privatpersonen erwähnt hatte, die dem politischen Leben fernstehen, und der Nationaldemokratie die äußeren Angelegenheiten gelassen hatte —, ein Kabinett mit der Parole herausschickte: Arbeit an der Sanierung von Valuta und Finanzen schuf. Als Grabzki sich an den Sejm wandte, forderte er von ihm in Hinblick auf die vorherigen Erfahrungen sowie in Hinblick auf die Notwendigkeit eines möglichst eiligen Tempos für die Gesetzgebung breite gesetzgeberische Vollmachten.

Alle polnischen Sejmparteien gingen mit einer Meinenen oder größeren Ueberwindung ihrer eigenen Interessen und Empfindlichkeit dem neuen Regierungschef zur Hand, der dank dessen im Verlaufe eines halben Jahres eine reale Valuta einführen und eine Reihe von Verordnungen erlassen konnte, die die Aufstellung eines ersten ernst zu nehmenden Budgetvoranschlags ermöglichten.

Die letzte Monate der Sejmession waren dank dessen mit fieberhafter, erfolgreicher und nützlicher Arbeit angefüllt, die die Anerkennung verdient, die ihr der Sejmarschall in seiner Rede schenkte. Man darf aber auch nicht vergessen, daß die große Arbeit und Energie des Herrn Wladyslaw Grabzki Grundlage, Rahmen und Bedingungen für diese Arbeit schuf, ohne die der durch den besten Willen besetzte Sejm nicht instande gewesen wäre, die Aufgaben, die er zu erfüllen verpflichtet war, zu erledigen. Eine Staatsfähigkeit wird nicht durch Wunder und durch eine glückliche Hand ausgeführt, sondern durch eine gesunde Willenskraft, Wissen, Fähigkeit, Eifer und selbstlose Eingabe. Diese Fähigkeiten haben die Eigenschaften, daß sie das Vertrauen und die Achtung derer erwerben, die den Einzelheiten oder der Richtung der einzelnen Unternehmungen kritisch gegenüberstehen und mit einer gewissen Unruhe die Nichtbeachtung der Gesamtheit aller Schwierigkeiten und Ziele, mit denen die weitsichtige Staatsvernunft rechnen muß, beobachten.

Außer der häufig dem Staatschatz gewidmeten Arbeit erlebte der Sejm auch in der letzten Zeit die gesetzliche Regelung der sprachlichen Rechte der drei Minderheitengruppen, in Schule, Gericht und Amt. Die Regierung hatte an diesem Werk weiter keinen anderen Anteil, als die halb außerparlamentarische Anknüpfung von Verhandlungen zwecks eines Kompromisses, der die zur Genehmigung der betreffenden Gesetze nötige Mehrheit der polnischen Stimmen sicherte. Auf Grund dieser Gesetze erfolgte eine Annäherung der Anschauungen zwischen St. Thugutt und W. Grabzki und die Rechtsprelle verbindet mit dieser Annäherung große Hoffnungen für die Zukunft.

Die Regierung erfüllte hier leider nicht ihre einfache Pflicht: sie nahm dem von den beiden erwähnten Parlamentariern bearbeiteten Projekte gegenüber keine Stellung ein und bereitete nicht einmal den Grund vor, auf dem die zur Herbeiführung des Friedens in den Grenzgebieten und in bezug auf die Nachgiebigkeit der dortigen fremdsprachlichen Bevölkerung weitgehenden Gesetze tatsächlich zu einem Werkzeug des Friedens und nicht zum Werkzeug eines verschärften und noch mehr als vorher angefochten innerpolitischen Krisis würden. Sie dachte nicht daran, daß ohne die Einführung des Selbstverwaltungsgesetzes durch den Sejm die Genehmigung neuer Demonstrationen zugunsten der Minderheiten, vor allem aus taktischen Gesichtspunkten unsachlich ist, da sie die Pflichten des Staates und die Schwierigkeiten ihrer Ausführungen mehr, ohne daß sie auf ein Äquivalent der Dankbarkeit und des Vertrauens von seiten der grundsätzlich dem Staate feindlich eingestellten fremdstämmigen Gruppen rechnen könnte.

Die durch die Rechtsprelle als Synthese eines Programms der staatlichen Politik in bezug auf die Grenzprobleme hingestellte Bedeutung dieser Gesetze beruht scheinbar auf einem groben Mißverständnis. Alle Kommentare und Mitteilungen der Rechten stellen diese Gesetze als Triumph des nationalistischen Gedankens und als Ergebnis der Theorie eines Nationalstaates dar. Das ist eine offensichtlich falsche Darstellung im Sinne jener „Schwindelmethode“, über die wir bereits geschrieben haben. Der Inhalt dieser Gesetze ist vielmehr eine bedeutende Bresche in der nationalistischen Doktrin, die in einem Staate von 30 Prozent fremdstämmiger Bevölkerung unmöglich durchgeführt werden kann. Diese Art von Kommentaren zeugen aber von dem Geist, mit welchem die hinter Grabzki stehenden Parteien zur praktischen Anwendung dieser Gesetze schreiten werden. Wenn das Kultus-, Justiz- und Innenministerium weiterhin unter dem Einfluß der Rechten bleiben, muß man die Furcht hegen, daß der Gegenfag zwischen diesen Gesetzen und der Art ihrer praktischen Anwendung die Verhältnisse in den Grenzgebieten nicht nur erschweren, sondern auch die Mißlänge innerhalb des Sejms erweitern und die Auslandspolitik des Staates erschweren wird.

Kompromisse sind die Grundlagen der Politik, jedoch nur dann haben sie eine positive und nicht negative Bedeutung,

wenn sie auf beiden Seiten mit vollkommener Loyalität und ohne Nebengedanken abgeschlossen werden. Diese Loyalität und dieses Fehlen von Nebengedanken kann man auf der rechten Seite des Hauses nicht bemerken, die Sprachengesetze außerdem scheinbar noch in erster Linie zum Trittbrett der verworrenen und verzwickten Parteitaktik behandelt.

Die Sejmession endet mit einer Verlängerung der Vollmachten für die Regierung. Die Konstitution fordert, daß die erste ordentliche Session des Sejm zur Genehmigung des nächstjährigen Budgets im Oktober berufen werden soll. Die Regierung hat 2 bis 3 Monate vor sich zur Entfaltung ihrer Exekutivfähigkeit, die frei von der Kontrolle des Sejms ist. Man darf nicht daran zweifeln, daß sie diese Zeit nicht zu Experimenten taktisch-parteilicher Natur verwendet, sondern zu einer tatsächlich gesunden Sanierung aller Zweige der Verwaltung gemäß des Versprechens, das der Regierungschef zu Beginn der Budgetdiskussion abgab. Die Sanierung läßt sich offensichtlich nicht ohne geeignete Leute auf dem geeigneten Plage durchführen, die den bisherigen Dilettantismus und ihre Empfindlichkeit für parteiliche Einflüsse durch eine Sachkenntnis ersetzen, die einzig und allein nur das unparteiliche verstandene Interesse des Staates im Auge hat.

Um das natürliche Recht.

Die Minderheitenfragen vor dem Senat.

Am 18. d. Mts. wurde in der Senatskommission der Gesetzentwurf über die Minderheitsschulen beraten. Die Vertreter der Minderheiten protestierten gegen den Entwurf ebenso wie im Sejm und beantragten Uebergang zur Tagesordnung. Bemerkenswerte Ausführungen machten der Vertreter der ukrainischen Partei Czerniakowski und der Vertreter der jüdischen Partei Koryn.

Der erstere begründete die Wünsche seiner Partei nicht mit den Vorschriften des Verfallers Vertrages, der für die Ukraine nicht in Frage kommt, denn als der Verfaller Vertrag unterschrieben wurde, rechnete man allgemein noch mit der sogenannten Curzon-Linie, welche im Falle ihrer Verwirklichung die Ukraine außerhalb der Grenzen Polens gelassen hätte. Czerniakowski berief sich vielmehr auf das natürliche Recht der Mehrheiten. Die ukrainische Bevölkerung betrage in ihrem alten Stammlande 80 Prozent, und ohne auf die letzten Ziele der Ukrainer an dieser Stelle einzugehen, müsse er die Autonomie der Ukraine und damit die Regelung des Schul-Verwaltungs- und Gerichtswesens nach den Wünschen der von ihm vertretenen Bevölkerung verlangen.

Der Senator Koryn verlangte für die jüdische Bevölkerung auf Grund des Verfallers Vertrages Schulen mit jüdischer Sprache. Die Juden hätten in der ehemaligen Provinz Polen den Fehler gemacht, sich als Deutsche zu fühlen und sich zu den Zielen der deutschen Verwaltung zu bekennen, wofür sie heute bitter büßen müßten. In Kongresspolen wiederum seien sie in russischer Zeit mit der numerisch stärksten Bevölkerung, den Polen, gegangen. Dank hätten sie aber dafür nicht geerntet, aber es aber noch durch Assimilierung viele Stammesgenossen verloren, die zum Teil heute in den polnischen Rechtsparteien eine prominente Rolle spielen bzw. mit ihnen verwandtschaftlich nahe verbunden werden. In Zukunft würden die Juden diese Fehler nicht mehr machen und ihre Stammesangelegenheiten in jeder Beziehung, insbesondere in den Schulen, sorgfältig pflegen.

Der Antrag der Minderheiten, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit allen polnischen Stimmen abgelehnt, worauf die Vertreter der Minderheiten den Saal verließen und an den weiteren Beratungen nicht mehr teilnahmen.

Drohungen, Beleidigungen, Suizid.

Interpellation

Der Abgeordnete Karan, Utta und anderer von der Deutschen Vereinigung im Sejm an die Herren Minister für Kultus und innere Angelegenheiten wegen Erbrechung der Türen des Schulhauses und Betfaales durch die Polizei im Dorfe Drklow, Kreis Lipno, Drangsalierung und Mißhandlung der deutschen Kolonisten und Verprügelung des Dorfschulzen.

Weit über 100 Jahre bestand im Dorfe Orklow, Kreis Lipno, eine von der deutsch-evangelischen Bevölkerung gegründete und von dieser unterhaltene öffentliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache. Im April d. Js. hat der Schulinspektor des Kreises Lipno, indem er die augenblickliche Katanz der Schule ausnützte, in dem Schulgebäude eine katholische Schule mit polnischer Unterrichtssprache für 20 Kinder untergebracht; die Wohnung des evangelischen Lehrers und Kantors besetzte der neu angestellte katholische Lehrer. — Über 100 deutsch-evangelische Kinder blieben also ohne Unterricht. Die zu der oben erwähnten Schule gehörende deutsche Bevölkerung bemühte sich um einen Lehrer, und da sie einen Kandidaten im Auge hatte, wehrte sie sich gegen die Befegung der Schule und verteidigte ihre Rechte auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege. Der Schulinspektor wollte jedoch die Entscheidung der höheren Behörden nicht abwarten und wandte sich an den Starosten um Zustimmung von bewaffneten Kräften zwecks gewalttätiger Durchführung seiner Anordnungen. Am 24. April 1924 kamen nach Orklow 6 bewaffnete Polizisten und verlangten von dem Schulvorstand Julian Trenkler die Herausgabe der Schlüssel vom Schulhause und Betfaal. Trenkler antwortete der Polizei, daß die interessierten Kolonisten Schritte unternommen haben zwecks Aufhebung der Anordnung des Schulinspektors und bat von irgendwelchen Gewaltmaßnahmen bis zum Eingang der Antwort des Schulkuratoriums abzusehen. Die Polizei legte aber seine Hände in Ketten, so daß Trenkler große Schmerzen erleiden mußte und brachte ihn über die anliegenden Dörfer nach Orklow und zurück in seine Wohnung. Nachher er-

brach die Polizei mit den Seitengewehren die Tür des Versteckes und von dort aus die Türen des Schlafzimmers und der Wohnung des Lehrers. Die auf dem Schulhofe anwesenden Personen S. Gahle, A. Schmidt, G. Tich und A. Brill, welche die Absicht hatten, das Scheunendach zu reparieren, stellte die Polizei der Reihe nach an die Mauer. Die Ankunft einiger Wagen mit Polizei löste die katholische und evangelische Bevölkerung herbei. Die Katholiken ließ man durch, dagegen stellte man die Evangelischen gleichfalls an die Mauer neben den erwähnten Gahle und andere. Daraufhin richtete man gegen sie den Lauf der Gewehre und unterzog sie einer genauen Leibesrevision, wobei es ohne Verletzungen und Stöße nicht abging. Danach wurden diese Personen in das Polizeigefängnis in Bielgie gebracht. Am nächsten Tage fesselte man die Kolonisten S. Gahle Adolf Schmidt und G. Tich und führte sie nach der Polizeistelle in Bentkewo. Erst nach einigen Tagen dank der Intervention des Pastors Buse auf der Starostei in Lipno wurden die Verhafteten freigelassen. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall wurde am 25. April 1924 der Gemeindevorsteher Gustav Galle aus Orłowo von dem Polizeiwachmeister aufgefordert, auf die Polizeiwachstube zu kommen. Als Galle die Schwelle des Hofes überschritten hatte, kam ihm der Polizeiwachmeister Jurekiewicz mit dem Schrei entgegen: „Wist Du ein Schulze? Verfluchter Schwabe!“ (psia krew, szwabi) und schlug ihm achtmal ins Gesicht, dann versetzte er ihm noch mehrere schmerzliche Fußtritte. Zeugen dieses Vorfalls waren: Wacław Jareba aus Orłowo und der Polizist Kozłowski aus Bentkewo. Nachher wurde Galle in Polizeiarrest längere Zeit gehalten. Auf ähnliche Weise wurde der Kolonist G. Fröhle aus Orłowo, der ein Kriegsinvalide ist, mißhandelt. Zeugen: S. Kossel und A. Rosenbach aus Orłowo. Diese Gewalttat gegen die friedliche deutsche Bevölkerung fand ein lautes Echo in der weiten Umgebung und rief große Entrüstung und Erbitterung hervor. Die Willkür des Schulinspektors und die Gewalttaten der Polizei stellen eine schwere Verletzung der bestehenden Gesetzesvorschriften dar und untergraben das Vertrauen der deutsch-evangelischen Bevölkerung zu der polnischen Staatlichkeit.

Angeichts dessen fragen die Unterzeichneten an:

1. Sind den Ministern die geschilderten Gewalttaten und Mißhandlungen der friedlichen Bevölkerung bekannt?
2. Wurden die Schuldigen obiger Gewalttaten bestraft?
3. Ist das Unterrichtsministerium bereit, Anordnungen zu treffen, damit die Schulinspektoren die bestehenden Gesetze respektieren und zu solchen traurigen Vorfällen keinen Anlaß geben?

Warschau, den 18. Juli 1924.

Die Interpellanten.

Um die Lehrerschaft.

Antrag

des Abg. Ulla und anderer betr. Änderung des Art. 23, § 3, des Gesetzes vom 27. Mai 1919 über die Stabilisierung und Beförderung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen.

Das Gesetz vom 27. Mai 1919 über die Stabilisierung und Beförderung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen verpflichtet alle tätigen und nichtqualifizierten Lehrer dieser Schulen vor dem 31. Januar 1925 die vorgeschriebenen Ergänzungsprüfungen abzulegen. Diejenigen Lehrer, die diese Prüfungen im vorgeschriebenen Termin nicht ablegen und auch keine Ergänzungsstudien beenden, sollen gemäß § 5 dieses Artikels aus dem Dienst entlassen werden.

Die Zahl der in den verflochtenen Jahren von dem Unterrichtsministerium organisierten Ferienkurse reichen bei weitem nicht aus, um allen sich meldenden Lehrern die Teilnahme zu sichern. An die Beschaffung der nötigen Lehrbücher und die Weiterbildung zu Hause konnte die Lehrerschaft bei ihrer geringen Besoldung nicht denken.

Die Ausführung des § 5 gemäß den Bestimmungen des § 3 würde die Entfernung einer großen Anzahl unentbehrlicher Lehrkräfte aus dem Schuldienst zur Folge haben. Diese Kräfte besitzen schon längere Praxis und können bei einer entsprechenden Verlängerung des Terms die vorgeschriebenen Prüfungen ablegen.

Infolgedessen beantragen die Unterzeichneten:

Der Hohe Sejm möge beschließen:

Das Gesetz.

Art. 1. Im Art. 23 des Gesetzes vom 27. Mai 1919 (Dz. Pr. p. Nr. 44, Pos. 311) über die Stabilisierung und Beförderung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen sind im § 3 die Worte: „vor dem 31. Januar 1925“ durch folgende „vor dem 31. August 1928“ zu ersetzen.

Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 3. Die Ausführung des Gesetzes wird dem Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentlichen Unterricht übertragen.

Warschau, den 18. Juli 1924. Der Antragsteller.

Kampf mit der Wirtschaftskrise.

Im „Kurjer Poranny“ lesen wir folgende interessante Abhandlung über die wirtschaftliche Lage in Polen, nebst einem Vorschlag zum Kampf gegen die Krise:

„Der Kampf mit der Wirtschaftskrise kennzeichnet sich durch völlige Planlosigkeit. Unsere Wirtschaftskrise ist dreifacher Natur. 1. Verursacht durch die allgemeine Hyperproduktion der Welt, 2. durch die Nichtanpassung unserer Produktionsweisen an die neuzeitlichen Anforderungen, 3. durch die Inflation. Unsere gegenwärtige Tätigkeit bewegt sich um die durch die Inflation hervorgerufene Krise. Diese Krise charakterisiert sich durch Kapitalmangel und durch Preise für Industrieprodukte in Polen, die mit den Weltpreisen nicht in dem richtigen Verhältnis stehen. Dem Kapitalmangel werden wir nicht ohne ausländische Hilfe abhelfen. Die Erlangung von Kapitalen im Ausland wird vor allem davon abhängig, wie es uns gelingen wird, unseren Industrieprodukten den Normalpreis ohne Entlastung der Lebenskräfte und Grundlagen unserer Wirtschaft zurückzugeben.“

Alle Großhandelspreise unserer Produktion, ausgedrückt in dem ihnen eigenen Maße, sind in Polen teurer als in den Staaten, die mit Polen konkurrieren. Der Grad, um den sie teurer sind, ist für die einzelnen von ihnen verschieden. Doch können wir für die Mehrzahl einen bestimmten gemeinsamen Prozentsatz festlegen, mit dem sie die Höhe der Weltpreise übersteigen. Die Herabsetzung dieses gemeinsamen Prozentsatzes erfordert die Mitwirkung der ganzen produzierenden Bürgererschaft. Erst nach ihrer Durchführung werden die Bemühungen der individuellen Produktionszweige von ihren Faktoren wirklich erfolgreich sein. Es gab eine Zeit, da man eine gemeinsame Herabsetzung durch die Festlegung einer Relation des Preises zur Mark und den anderen Werten bemerkte. Jetzt können wir das nicht mehr tun. Es wäre zu riskant. Es bleiben uns also Wege des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Preise. Dieser Wiederaufbau darf nicht in heftigen Sprüngen erfolgen, sondern nur durch kleine Schritte, die schnell aufeinander folgen. Dabei muß für die einzelnen Faktoren ein entsprechender Tätigkeitsplan festgelegt werden. Dieser muß sich auf die Voraussetzungen stützen, daß der innere Absatzmarkt für unsere Produktion nicht abnehmen, sondern im Gegenteil zunehmen muß. Von dieser Voraussetzung ausgehend, müssen wir zunächst den Preis derjenigen Produkte herabsetzen, die im Lande den größten Absatz haben, und an deren Herstellung die geringste Zahl von Händen beteiligt ist. Dadurch gelangen wir einerseits zu einer Vermehrung der Verbrauchsfähigkeit der breiten Schichten der Bevölkerung, andererseits die Möglichkeit der Herabsetzung des Arbeitspreises.

In die erste Reihe der im ersten Abschnitt erwähnten Produkte treten die Lebensmittel, und unter ihnen das Brot und das Mehl, denen wir einige Bemerkungen widmen.

Die polnischen Getreidepreise sind weit niedriger als die Preise für Getreide in anderen Ländern. Die Verbrauchsfähigkeit des polnischen Landmanns ist also gering. Das Brot ist in Polen teurer als das Brot anderer Länder. In der Produktion des Brotes ist eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringe Anzahl von Mültern und Bäckern verteilt. Die Verbrauchsfähigkeit der dieses Brot essenden Bevölkerung ist demnach im gewissen Grade geringer als die normale Verbrauchsfähigkeit. In beiden Enden des Weges haben wir eine Verringerung des Aufnahmevermögens zum Schaden anderer Produktionen. Um die zu niedrigen Getreidepreise abzustellen, die von den Landwirten genommen werden, hatte das Wirtschaftsministerium der Minister am 24. Mai die uneingeschränkte Ausfuhr von Roggen nach dem Auslande unter Erhebung einer Ausfuhrgebühr von 30 Hoth für die Tonne gestaltet. Trotz dieser Erlaubnis ist Roggen nicht ausgeführt worden. Die Gebühr von 30 Hoth machte den Export nicht lohnend genug. Die Landwirtschaft verlangte Ermäßigung der Gebühr und begründete ihr Verlangen diesmal durch höhere Börsenpreise im Vergleich zu den ursprünglich festgesetzten Preisen, die von den Landwirten direkt erzielt wurden.

Das Wirtschaftsministerium der Minister hat am 14. Juli die Ausfuhrgebühr für Roggen auf die Hälfte ermäßigt. Das war ein Fehler. Die Landwirte gewannen verhältnismäßig nicht viel. Die Getreideexporteure hatten nämlich mit Hilfe fiktiver Börsentransaktionen künstlich niedrige Börsenpreise für Getreide, um sich auf diese Weise einen sehr billigen Verkauf von Getreide bei den Landwirten zu erleichtern. Die Verbrauchsfähigkeit der Landwirte hat also dabei nicht gewonnen. Dagegen ist Mangel eingetreten an gutem Getreide für den Inlandsverbrauch und die Getreidehöfe, die trotzdem eintreten, wird von ihm bezahlt. Nicht genug damit, der Hauptgetreidespeicher Polens ist Polen und Kommerellen. Nach Herabsetzung der Ausfuhrgebühr auf 15 Hoth lohnt sich die Ausfuhr von Roggen nach Berlin oder Prag mehr, als daß man es nach Warschau oder Opatów führt. Die Ausfuhr ist unbeschränkt. Im Interesse der Wirtschaftsanierung hätte es liegen müssen, den breiten Landwirtschaftlichen die Erzielung höchster Preise für Getreide zu ermöglichen. Zuvor aber hätte man das Verhältnis des Brotpreises zum Getreidepreis in Polen normalisieren sollen. Polen befindet sich als Agrarstaat in der paradoxen Lage, daß es fast keinen Landwirtschaftshandel besitzt, der den Bedürfnissen der Landwirte und des Staates angepaßt wäre. Es genügt, die Getreide- und Mehlnotierungen auf den verschiedenen polnischen Börsen zu vergleichen.

Nützlich ist also eine Institution, die die Aufgabe hätte, diese Unterschiede auszugleichen, denn die höchsten Getreide- und Mehlpreise nehmen die Zentren der größten Industrieproduktion in Polen. Das wirkt natürlich ungünstig auf die Arbeitskosten, die auf die allgemeine Kaufkraft der Bevölkerung dieser Bezirke. Aus der Tatsache größerer Rentierbarkeit der Roggenausfuhr gegenüber dem Inlandsverkehr für Polen und Kommerellen geht nicht hervor, daß sich der Inlandsverkehr nicht lohne. So ist es nicht. Der Privathandel geht zwar stiller in der Richtung größerer Gewinne, in diesem Falle also in der Richtung des Exports; hier also besteht die Notwendigkeit der Schaffung einer Institution, die diesen weniger lohnenden Getreidehandel im Inlande übernimmt. Die Hauptursache der Mangelunterung in Polen im Verhältnis zum Getreidepreis ist der geringe Grad der Inbetriebsetzung der einzelnen Industriemühlen und damit der Mangel entsprechend starker Konkurrenz zwischen diesen Mühlen. Unter diesen Bedingungen kann man die Mehlpreise durch stille Verdrängung auf beliebige Höhe schrauben. Natürlich verleiht der geringe Betriebsgrad des Mühlenbetriebs das Mehl und das Mehl würde erheblich billiger sein, wenn einige Mühlen mit Vollampf arbeiten und andere zu arbeiten aufhören würden, wenn sie nicht mit Vollampf arbeiten könnten. Die Regierung hat mehrmals als Konkurrent auf dem Mehlmarkt durch das Hauptlebensmittelamt interpelliert. Sie hat es aber immer chaotisch rudweise und ohne weiteren Plan getan. Daraus erwuchs ihr auch manche Enttäuschung.

Im Interesse der Wirtschaftsanierung liegt also die Schaffung einer Institution, die bis zu einem gewissen Grade wenigstens den inneren Getreidehandel normiert und auf dem Konkurrenzwege die Mühle in Schach hält. In diesem Zwecke wäre es am leichtesten, das schon bestehende Hauptlebensmittelamt auszunutzen, das gegenwärtig schon einige der erwähnten Funktionen verrichtet.

Die Preise, die mit Getreide handeln, wie auch die Mühlen, stellen sich natürlich gegen jede Art von Aktionen und Bestrebungen erbittert dem in Form des Hauptlebensmittelamtes bestehenden Fiskus für die zu dieser Aktion nötigen Institution, indem sie dessen Auflösung verlangen, wobei sie auf gewisse Mängel in seiner bisherigen Tätigkeit hinweisen. Die Unterlassung jeder Aktion würde eine Verschlimmerung der gegenwärtigen Lage dadurch bedeuten, daß ein Konkurrent, der sich doch von Zeit zu Zeit den Getreidehändlern und den Mühlen fühlbar machte, vom Schauplatz geht. Was den letzten Herstellungsprozess beim Brot betrifft, so ist das Ausbäcken in Polen erheblich teurer als im Westen, da es in der primitivsten Weise stattfindet, die man sich nur denken kann. Eine Besserung dieser Verhältnisse läßt sich rationell nur herbeiführen durch die Anlage großer mechanischer Bäckereien in den industriellen und städtischen Hauptzentren.“

Republik Polen.

Vor einem deutsch-polnischen Handelsvertrag?

Der „Przeglad Wiczoyny“ erzählt, daß der Beginn von Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag zu erwarten sei. Beide Parteien seien überzeugt von der Notwendigkeit des Vertragsabschlusses. Demnächst sollen die Vorbereitungsarbeiten beginnen.

Danzig und Polen.

Die vor mehreren Tagen unter dem Vorsitz des Völkerbunds delegierten Weiler geführten polnisch-danziger Verhandlungen sind am vergangenen Freitag beendet worden. Sie betrafen den Schutz der Privatinteressen Danziger Bürger in Polen und führten in wichtigen Punkten zu einer Verständigung. Mit denselben Fragen, aber die keine Verständigung erzielt werden konnte, werden sich die betreffenden Instanzen des Völkerbunds befassen müssen, wenn nicht in der Zwischenzeit eine direkte Erledigung erreicht werden kann.

Vorbereitungen.

Das Außenministerium bereitet das Material für die polnische Delegation zur Völkerbundversammlung vor. Im Laufe dieser Woche werden die Instruktionen für die Delegation besprochen, deren Zusammensetzung außer dem Minister Strzyński und den Vertretern Lutskiewicz und Arceizewski noch nicht feststeht.

Eisenbahnkonferenz.

Anfang September wird in Warschau eine europäische Eisenbahnkonferenz über die Fahrpläne stattfinden. Zweck Präzisierung entsprechender Anträge für die Konferenz hat das Eisenbahnministerium allen Direktionen die Ausarbeitung und Zusendung von Anträgen aufgetragen, die evtl. Änderungen in den Fahrplänen der Randstaaten betreffen.

Spiritusmonopol.

Die speziell berufene Senatskommission hat ihre Beratungen über den Gesetzentwurf vom Spiritusmonopol beendet. Senator Udelman führte den Vorsitz und war zugleich Referent. Die Unterkommission beschloß, der Finanzhaushaltskommission eine Reihe von Änderungen vorzuschlagen. Diese Änderungen werden in der Diensttagssitzung der Finanzhaushaltskommission Gegenstand der Beratungen sein.

Die ober-schlesischen Industrievertreter Geisenheimer, Schmidt und Bachmann erklärten dem Minister Pędzick, daß die Krise in Oberschlesien dadurch hervorgerufen worden sei, daß die Deutschen den Grundsatz des achtstündigen Arbeitstages (1) verletzten. Von politischen Motiven sei hier keine Rede. Die ober-schlesische Industrie sei bereit, sich der Regierungskontrolle zu unterwerfen.

Die Schulbigen.

Die ober-schlesischen Industrievertreter Geisenheimer, Schmidt und Bachmann erklärten dem Minister Pędzick, daß die Krise in Oberschlesien dadurch hervorgerufen worden sei, daß die Deutschen den Grundsatz des achtstündigen Arbeitstages (1) verletzten. Von politischen Motiven sei hier keine Rede. Die ober-schlesische Industrie sei bereit, sich der Regierungskontrolle zu unterwerfen.

Ein neuer Mann.

Der „Przeglad Wiczoyny“ erzählt, daß der gegenwärtige polnische Gesandte in Helsinki, Zygmunt Filbowski, als Kandidat für den Außenministerposten genannt wird. Nach dem „Kurjer Gzernony“ wird die Ernennung des neuen Außenministers endgültig heute, am Montag, erledigt werden.

Meinungen.

Die „Agencia Wschodnia“ meldet aus „Kattowicz“: Während eines vom Wojewoden Biski zu Ehren der baltischen Pressevertreter gegebenen Essens erklärte der finnische Delegierte als Antwort auf die Rede eines deutschen Pressevertreters, des Redakteurs Meisler, daß er überzeugt sei, daß die in ganz Europa verbreiteten Nachrichten über kriegerische Absichten des polnischen Staates tendenziöse Lügen seien. Die Delegierten hätten während ihres Aufenthaltes in Polen kein einziges Mal von solchen kriegerischen Absichten gehört, dagegen aber viel von der Arbeit, der Stärkung der Produktion, von der Steuerzahlung, von Ertragssteuern usw.

Konsularkonvention.

Am Freitag ist in Moskau die Konsularkonvention zwischen Polen und Sowjetrußland unterzeichnet worden. Von Seiten Polens unterzeichneten: Wyszynski, Geschäftsträger der polnischen Republik und Poznański, Abteilungschef im Konsulardepartement. Von Seiten Sowjetrußlands wurde die Konvention von zwei Vertretern des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Kopp und Stein, unterzeichnet.

Ein polnischer Mediziner gestorben.

In Krakau starb Professor Walerj Jaworski, Direktor der Universitäts-Klinik für innere Krankheiten. Der Verstorbene erhielt das medizinische Doktorat im Jahre 1880, worauf er eine Studienreise durch Deutschland und Frankreich machte. Im Jahre 1893 erhielt er das „Veniam legendi“ auf der medizinischen Fakultät der Jagiellonischen Universität als Dozent der Pathologie und Therapie.

Banditenüberfälle.

Aus dem Osten wird von einem Ueberfall auf das Städtchen Wiszniew gemeldet. Die Bande zählte 27 Mann und war mit Karabinern und Maschinengewehren bewaffnet. Die Banditen raubten 10 Pferde. Es wurde eine Verfolgung angeleitet und es entspann sich in der Nähe des Dorfes Jachow ein Schermüßel, bei dem der Polizeikommissar Dymowski getötet wurde. Die Banditen zogen sich nach der Grenze zurück. Obwohl eine Manenabteilung und eine starke Polizeimannschaft ausgesandt wurde, gelang es 6 Banditen, die als Polizisten verkleidet waren, mit den gestohlenen Pferden die Grenze zu überschreiten; die übrigen zerstreuten sich in der Umgebung. Es wurden zwei Brüder festgenommen, die die Banditen über die Grenze geführt hatten. Nach den zerstreuten Banditen wird gesucht. Im Zusammenhang mit dem Banditenüberfall hat der Wojewode von Nowogród die Inspektion der litauischen Grenzzone unterbrochen und sich in Begleitung eines Staatsanwalts, des Vertreters des Bezirkskommandanten der Staatspolizei und des Leiters der Sicherheitsabteilung an die russische Grenzzone begeben.

Verlängerung der Arbeitszeit.

Der Arbeits- und Wohlfahrtsminister hat am vergangenen Freitag eine Verfügung der Regierung unterzeichnet, die die Arbeitszeit in den ober-schlesischen Hütten für die Dauer von drei Monaten um zwei Stunden verlängert, mit der Einschränkung, daß die Verordnung jederzeit widerrufen werden kann. Im Zusammenhang mit dieser Verfügung und der Intervention des Demobilisierungskommissars haben die Arbeitgeber die für Sonnabend angelegte Ausfuhr zurückgezogen.

Jugoslawien.

Bulgarische Attentatspläne gegen jugoslawische Politiker.

In Verbindung mit der Ermordung des bulgarischen Abgeordneten Petkov greift die Belgrader Presse die bulgarische Regierung in außerordentlich heftiger Weise an, da laut der Darstellung der jugoslawischen Blätter die bulgarische Regierung nicht nur in Bulgarien die ihr unangenehmen Gegner aus dem Wege räumen lassen will, sondern auch gegen die auf dem Gebiete Jugoslawiens sich aufhaltenden bulgarischen Emigranten, ja sogar gegen jugoslawische Politiker Attentatspläne ausgearbeitet hat. Die Belgrader Blätter schreiben, die Regierung Pantow wolle in erster Reihe den jugoslawischen Ministerpräsidenten Pajitch ermorden lassen. Dieser Plan wurde erst unlängst infolge Verhaftung eines Bulgaren namens Dimitrow aufgedeckt. Dimitrow hatte seinen Paß und hatte auf dem Dache eines Waggons des Orientexpresses die Grenze überschritten. Er ist Mitglied einer bulgarischen Terrorbande und sei nach Jugoslawien geflüchtet worden, um gegen jugoslawische Politiker Attentate zu verüben. Chef dieser Terrorgruppe sei Hauptmann Malinkow, der Chef des Sozialen Spionagedienstes und unter den Mitgliedern der Terrororganisation befinden sich zahlreiche Beamte des bulgarischen Ministeriums des Innern von hohem Rang. Dimitrow erklärte, außer ihm hätte man noch zwei bulgarische Studenten nach Jugoslawien entsendet, ebenfalls um Attentate zu verüben. Diese Enthüllungen der Belgrader Blätter haben in den politischen Kreisen gegen die bulgarische Regierung eine große Erbitterung hervorgerufen.

Der letzte Ministerrat beschloß sich in eingehender Weise mit den neuen Maßnahmen, die die bulgarische Regierung gegen das jugoslawische Königreich durchgeführt hat und die den Vandalenbewegungen und in den Sofia geplanten Attentaten gegen jugoslawische Staatsmänner zum Ausdruck kamen. In der Regierung herrscht in Bulgarien gegenüber eine ziemlich scharfe Stimmung, doch der Ministerrat hat bisher noch keine positiven Beschlüsse gefaßt. Man nimmt aber als sicher an, daß die Regierung die aus Bulgarien ankommenden Reisenden einer stärkeren Kontrolle unterziehen wird.

Die Hauptstreitpunkte in London.

Die drei wichtigsten Probleme, die einer Einigung auf der Londoner Konferenz entgegenstehen, sind folgende: 1. Die Frage des Abbaus der militärischen Sanktionen. 2. Die Frage nach der Wiedereinführung von Sanktionen im Falle einer Nichterfüllung Deutschlands. 3. Die Frage nach der Form, wie man sich mit Deutschland über das Ergebnis der Londoner Konferenz auseinandersetzen soll. Bezüglich des ersten Punktes wünscht Frankreich einen Abbau der Sanktionen „in Etappen“. England hingegen tritt dafür ein, eine enge zeitliche Verbindung herzustellen zwischen dem Abbau der Sanktionen und der Anwendung des Dawes-Planes. Was die Formel für die Sanktionen angeht, so lagert der erste Kommission, wie der „Daily Telegraph“ meldet, folgende englisch-französische Vorschläge vor. Der französische Text lautet: „Für den Fall, daß die Reparationskommission eine Verletzung feststellt, werden die beteiligten Regierungen schnellstens Maßnahmen miteinander nehmen, um die notwendigen Sanktionen zu ergreifen. Die Sanktionen sollen den Zweck haben, eine rasche Beendigung des vertragslosen Zustandes und die Rückkehr zum ordnungsmäßigen Funktionieren des Dawes-Planes sicherzustellen.“

so daß auf diese Weise die Interessen sowohl der Geldgeber wie der Reparationskommission für die von den Alliierten ermittelten Schäden hergestellt werden. Für die gleiche Stelle lautet der englische Text folgendermaßen: Sollte die Reparationskommission finden, daß eine Verletzung Deutschlands vorliegt, so werden die beteiligten Regierungen sofort in Unterhandlungen darüber einzutreten, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um sich selbst und die Geldgeber zu schützen. Dabei werden die beteiligten Regierungen mit der Gewissenhaftigkeit einer gemeinsamen Treuhänderschaft für ihre sowohl, wie für die Interessen der Geldgeber vorgehen.

Zu der Anleihefrage äußert sich Jules Sauerwein nach einer Unterredung mit dem Amerikaner Owen Young. Young soll als Bedingung der Anleihezeichner folgende drei Punkte genannt haben: 1. Deutschland unterzeichnet freiwillig ein geschlossenes Abkommen. 2. Ausschüttung jeder äußeren und ungeschützten Intervention in Deutschland. 3. Die Versicherung, daß die für die Zinsen und Tilgungszahlungen der Anleihe vorgesehenen Einkünfte dem Zugriff jeder fremden Macht entzogen bleiben. Zu der Frage, ob es möglich sei, größere Summen Geldes von einem Staat auf den anderen zu übertragen, erklärte Young, diese Frage könne nur durch die Erfahrung beantwortet werden. Bei einer normalen Lage des Kapitalmarktes könne eine derartige Übertragung leicht möglich sein. Frankreich würde jedenfalls leicht die Mittel finden, um die Anleihe in Deutschland auf Reparationskonto nutzbar zu machen. Beispielsweise könnte Frankreich a) Konto dieser Zahlungen Maschinen, Materialien usw. für die Elektrifizierung des Monats von Deutschland beziehen. Ähnlich könnte Belgien Guthaben in Deutschland für den Ausbau der Eisenbahnen im Konga nutzbar machen. Zum Schluß erklärte Young, er sei hinsichtlich des Ausgangs der Londoner Konferenz nach wie vor optimistisch, denn einfach unabsehbar wäre die Folge eines Scheitlages.

Pressemeinungen zur Londoner Konferenz.

Die französische Auffassung.

Wie wir schon an anderer Stelle sagten, unternimmt die französische Presse jetzt schon Angriffe auf die Unfähigkeit der Herrichten. Die letzten Meldungen und Nachrichten in Pariser Blättern sprechen bereits von einem ebl. „Aufliegen“ der Konferenz, und aus dem Ton, der durch den Blätterwandel rauscht, läßt sich entnehmen, daß die Franzosen nicht übermäßig über den Ausgang erfreut sind.

Der bekannte Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein meldet folgendes:

In der gestrigen Beratung der politischen Kommission der Konferenz verteidigten die Rolle der Reparationskommission Vertretung und Bergerh. Die Engländer sind nicht einverstanden und wünschen die Ernennung von 5 Personen, darunter einen Amerikaner, zur Beurteilung deutscher „Verletzungen“. Sauerwein sagt, Herriot könne in diesem Punkt nicht viel nachgeben, weil eine Verpflichtung gegenüber der französischen Kammer auf sich genommen habe. Trotzdem Mac Donald die Aufrechterhaltung des Versailler Paktes anfragt, empfinde Frankreich jede Einschränkung der Reparationskommission für eine Verletzung des Versailler Dokuments.

Die schwierigste Frage sei die Kontrolle der zum Rhein und parallel zu ihm führenden Bahnen: ein Recht, das den französischen Offizieren vorbehalten bleiben müsse. Ein alliierter Eisenbahnvertreter mit ausgedehnten Vollmachten sei notwendig und ebenso die Beibehaltung eines Teiles des gegenwärtigen französisch-belgischen Bahnpersonals im Dienst. Als Argument dient der Eisenbahnerstreik von 150 000 Mann, der zwei Tage nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet von Berlin angeordnet worden sei. Wenn der Eisenbahnbericht jetzt beweisen wolle, daß Frankreich weder Geld noch Lebenswert erhalten könne, wenn die Eisenbahnen nicht wieder der deutschen Verwaltung zurückgegeben würden, dann solle Herriot einfach abreisen und Frankreich behalten, was es habe. (1)

Das „Echo de Paris“ bringt einen Angriff auf Herriot und sagt dann weiter:

„Mac Donald wollte zuerst alles beiseite, was die Franzosen seit dem 11. Januar 1923 geschaffen haben und dann wollte er die direkte Aktion Frankreichs verbinden. Herriot sei den diesbezüglichen Eröffnungsreden nicht sofort entgegengetreten. Die Kommissionsberatungen hätten zu früh begonnen. Im ersten Komitee sei Herriot durch Herrots Anweisung, einen Amerikaner in die Reparationskommission zu nehmen, gehindert. Im zweiten Komitee hätten die Franzosen besonders gegen die Engländer, Niemeyer, Snowden und Fisher zu kämpfen.“

Der englische Standpunkt.

Die Auffassung Englands über den ersten Tage der Konferenz ist im allgemeinen optimistisch. So sagt eine Meldung aus London, daß man in englischen Regierungskreisen mit den Fortschritten, die die Unterabschlüsse der Konferenz erzielt hätten, zufrieden sei. Die Verhandlungen nehmen einen Verlauf, der günstige Ergebnisse erwarten läßt, so daß mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß die Konferenz morgen zu einer Vollendung wird zusammengetreten können, um zu dem Abschlußentwurf der Unterabschlüsse endliche Stellung zu nehmen.

Amerikanische Meinungen.

Nach englischen Blättermeldungen soll es Amerika nicht gerne sehen, wenn Frankreich die Interkontinentalen Eisenbahnen noch länger in Besitz behält. Andere amerikanische Blätter betonen, daß die Frage der Zulassung Deutschlands zur Konferenz eine außerordentlich wichtige sei, deren Beantwortung man nicht verheimlichen könne.

In einem Leitartikel des „Journal of Commerce“ den die „Daily N. Y.“ auszusprechen bringt, wird unter der Überschrift: „Sicherung der amerikanischen Gläubiger“ ausgeführt:

„Wollte beabsichtigt sei, daß der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission nicht stimmberechtigt, sondern nur Zuschauer sein soll, außer in dem Falle, daß Deutschland einen Verstoß gegen die Reparationskommission begeht, würde die durch die Anwesenheit eines derartigen unparteiischen Beobachters geboten würde, kaum stark genug sein, die amerikanischen Geldgeber zu bewegen, Deutschland die notwendigen Kapitalien vorzuschießen. Selbst bei einer erfolgreichen Durchführung des Dawes-Planes würde Deutschland auf Jahre hinaus ausländische, und damit auch amerikanische Kapitalien, benötigen.“

Das Blatt fragt, welchen Schutz die Anwesenheit des amerikanischen Mitgliedes in der Reparationskommission gewähre, wenn er nicht mitreden oder bei Gefährdung amerikanischer Interessen vorher wirksam protestieren kann.

Dazu wird weiterhin gemeldet, daß der amerikanische Beobachter aus Berlin sich gestern nach London begeben hat. Er wird in den nächsten Tagen in London bleiben, um dem amerikanischen Delegierten Weisungen aus Washington zu überbringen und noch vor seiner Weiterreise nach Berlin sich über die Stimmung auf der Konferenz zu unterrichten.

Freundliche Worte für Deutschland.

Englische Beurteilung der neuen französischen Politik. Im „The Manchester Guardian“ ist folgender Artikel veröffentlicht worden:

„Das im „New Leader“ veröffentlichte Interview Mr. Norman Angells mit Herriot ist endlich einmal eine von Verantwortlichkeitsgefühl getragene und wahre Darstellung wirklicher Vorträge und Unterredungen in dieser Hinsicht sehr von den phantastischen Kommentaren zu der in Chequer stattgefundenen Unterredung, die Mac Donald eigens im Unterhause zurückweisen mußte. Dieses Interview ist nicht nur authentisch, sondern auch außerdem

höchst bedeutsam, und seitdem es erschienen ist, wissen wir einen guten Teil mehr von der Sinnesart und dem Charakter des französischen Premierministers. Herriot hat, wie er sagte, Mr. Angells Bücher studiert. Er hat deshalb, wie wir glauben dürfen, keinerlei Illusionen über die moralischen und materiellen Ergebnisse moderner Kriege und weiß, was sie in Wirklichkeit sind, ein sehr verlustreiches Spiel für die Sieger wie für die Besiegten. Sein Streben ist daher vor allem auf Frieden gerichtet, d. h. auf Sicherheit. Auch Poincaré hatte dieses Streben, aber die beiden Männer suchen ihr Ziel mit gänzlich verschiedenen Mitteln zu erreichen. Aus Herriets früheren Äußerungen ging schon klar hervor, aber in der Unterredung mit Norman Angell ging er in der Präzisierung seiner Ansichten einen tüchtigen Schritt weiter und zeigte eine Offenheit und eine Vorurteilslosigkeit, die nach den ewig wiederholten Formeln, die die Sonntagsreden und diplomatischen Noten seines Vorgängers auszeichneten, sehr erfrischend sind. Es würde vielleicht ein Irrtum sein, anzunehmen, daß dieser Wechsel in der Gesinnung und in der Methode die Dinge zu behandeln, notwendig einen ebenso großen Wechsel in der Politik herbeiführen würde. Aber durch diesen Wechsel werden wenigstens Verhandlungen möglich. Zum ersten Male sprechen wir dieselbe Sprache, und wo man sich versteht, da ist auch ein Weg für eine Verständigung offen.

Als Herriot nach England kam, war seine Hauptabsicht, das Sachverständigengutachten zu erläutern. Auf größere Fragen, besonders auf die Fragen der französischen Sicherheit und der interalliierten Schulden, wurde zwar Bezug genommen, aber sie wurden für später zurückgestellt. Aber die Sicherheitsfrage beschäftigt die Franzosen und die Belgier ganz besonders und sowohl in Brüssel wie in Paris hat man deshalb herausfinden wollen, was man eben zu finden wünschte. Mr. Mac Donald fand es nicht schwierig, der in beiden Städten verbreiteten Meinung, daß es im Falle eines deutschen Angriffes ein ausdrückliches Versprechen auf militärische Hilfe Englands gegeben habe, ein ausdrückliches Dementi entgegenzusetzen. Gegenwärtig haben wir es nur mit dem Sachverständigengutachten zu tun und allein mit diesem. Dann erst wird die Frage der Sicherheit an die Reihe kommen und mit dieser beschäftigt sich Herriot in einem Interview mit Mr. Angell. Natürlich läßt er gern, wie jeder Franzose, wenn England sich im Falle eines deutschen Angriffes zu voller militärischer Unterstützung Frankreichs verpflichten würde, aber er ist der erste französische Staatsmann, dem es zum Bewußtsein kommt, daß Deutschland ebenso sehr wie Frankreich Sicherheit braucht, und er ist gewillt, wenn ein Schlichtungsvertrag abgeschlossen werden sollte, in diesen Deutschland einzuschließen. Er willigt darin ein, daß jeder solcher Vertrag „zweiseitig“ sein soll. Das ist ein sehr großer Fortschritt und er zeigt von einer großen Kursänderung der französischen Politik. Deutschland ist nicht nur mehr der Feind, den man mit Haß und Mißtrauen betrachtet. Man tritt ihm menschlich gegenüber. Man sieht ein, daß, wenn der Friede mit Deutschland dauerhaft sein soll, dieses Land sich ebenso sicher fühlen muß, wie Frankreich, daß es nicht nur materielle, sondern auch moralisch entwaffnet werden muß. Das stellt das ganze Problem auf eine neue Grundlage. Das erste Anzeichen dieser veränderten Sinnesart sah man kurz vor Herriets Regierungsantritt, als er einem deutschen Journalisten seine freundlichen Gefühle dem deutschen Volke gegenüber kundgab. Seit dem Kriege hätte man von keinem anderen französischen Ministerpräsidenten eine solche Rundgebung erwarten können. Es war das erste Zeichen einer neuen Zeit, und das Interview mit Mr. Angell bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts.

Doch sogar wenn die Tür für ein militärisches Abkommen, wie Mr. Herriot und die Mehrheit seiner Landsleute es wünschen, offen wäre, so würden die Schwierigkeiten immer noch groß sein. Vor allem scheint es nicht, daß Mr. Herriot den sofortigen Eintritt Deutschlands in Betracht zieht. Er scheint in erster Linie ein militärisches Bündnis zwischen Frankreich und Großbritannien allein im Auge zu haben oder höchstens noch die wichtige Beziehung Belgiens und die sehr unwahrscheinliche Italiens wünschen. Deutschland soll dann zu einer späteren Zeit dem Pakt beitreten. Aber dieser Plan unterscheidet sich sehr wesentlich von seinem sofortigen Einfluß und er würde dem Bündnis nicht den Charakter einer gegenseitigen Versicherung geben, sondern den eines direkt gegen Deutschland gerichteten Abkommens und es ist nicht leicht zu sehen, unter welchen Bedingungen Deutschland später an ihm teilnehmen könnte. Ferner ist da die dornige Frage, wie man das Wort „Angriff“ auffassen soll. Wenn die Entscheidung darüber, wie es wahrscheinlich sein würde, dem Völkerbund überlassen bliebe, so würde das nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Völkerbundes dasselbe sein, als wenn Frankreich die Entscheidung allein zu treffen hätte. Der Völkerbundsrat muß wie der Völkerbund selbst sehr erweitert werden, bevor er die ungeheure Aufgabe über Krieg und Frieden zu entscheiden, angemessen lösen kann, und es muß das Urteil des internationalen Gerichtshofes, der bis jetzt beständig ignoriert worden ist, angestrichen werden, um über verwinkelte Tatsachen zu entscheiden. Sonst ist die ernste Gefahr vorhanden, daß, wie Mr. Angell sagt, Verträge dieser Art dazu neigen würden, nur eine Wiederholung der alten Bündnisse unter einer neuen Verkleidung zu werden, ein neues Mittel, den Völkerbund zu einem System rivalisierender Gruppen zu machen. Seien wir nichtsdestoweniger für den neuen Geist, den Mr. Herriot in die französische Politik hineinbringt, dankbar und begleiten wir Herriot auf seinem Wege so weit, wie wir es vernünftigerweise verantworten können.“

Deutsches Reich.

Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 20. Juli. Der Kanzler unterhielt sich gestern, wie der „Passauer Donauzeitung“ von hier gemeldet wird, mit Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei. Von wesentlicher Bedeutung sei das Zugeständnis des Kanzlers, daß durch die Zuziehung eines Amerikaners zu der Reparationskommission, die die Verletzungen Deutschlands feststellen habe, eine völlig neue Situation für Deutschland geschaffen sei, die nicht durch aus als ungünstig angesehen werden könne. Entscheidende Regierungserklärungen, die auch das parlamentarische Schicksal der Gesetzentwürfe zur Durchführung der Dawesgutachten bedeutsam beeinflussen würden, seien unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstages am Dienstag kommender Woche zu erwarten.

Partei-Verhandlungen.

Wien, 20. Juli. Die Verhandlungen zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen in der Regierungskrisis standen bei Abgang dieses Berichtes wenig verändert. Dagegen hat Freitag früh eine Sitzung der Großdeutschen Partei stattgefunden, die ein Einlenken vorzubereiten scheint, weil auf zwei der wichtigsten Forderungen, u. a. auch in der Frage der Verlängerung der Dienstzeit, Verzicht geleistet worden ist. Die Entscheidung wird eine heute abend stattfindende gemeinsame Sitzung der Vorstände beider Regierungsparteien bringen.

Französische Rechtspflege.

Maine, 20. Juli. Das französische Kriegsgericht eröffnete gegen 154 Mainzer Einwohner im Alter von 15 bis 23 Jahren das Verfahren vor dem Kriegsgericht wegen Gefährdung der Verfassung durch Teilnahme in einer radikalnationalen Vereinigung. Termin ist auf den 2. August anberaumt. 35 der Angeklagten befinden sich in Haft.

Amerikanischer Besuch bei Dr. Held.

München, 20. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held empfing heute den dieser Tage aus Newyork eingetroffenen Großfinanzmann

Strauß, der sich um die Idee und die praktische Durchführung der amerikanischen Kinderhilfe für Deutschland außerordentliche Verdienste erworben hat. Der Besuch galt zunächst Fragen der internationalen Kinderhilfe und ferneren neuen wirtschaftlichen Plänen großzügigster Art, deren praktische Möglichkeiten Strauß an Ort und Stelle kennen zu lernen wünscht.

Luthers Abschied von Offen.

Offen, 20. Juli. (Sig. Meld.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ist das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Luther in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Offen genehmigt worden. Dem scheidenden Oberbürgermeister widmeten die Stadtverordneten Worte herzlichsten Dankes für seine Tätigkeit in der Stadtverwaltung.

Aus anderen Ländern.

„Habas“-Berichte.

Zürich, 20. Juli. Ueber die Londoner Konferenz gibt „Habas“ unabhängig von den offiziellen Communiqués tägliche Situationsberichte aus der französischen Delegation aus. Die bisher erschienenen drei Berichte konstatieren die Unterstützung der Pariser Vorschläge durch die Mehrzahl der Delegationen und stellen den baldigen Abschluß der Konferenzberatungen in Aussicht.

„Habas“ meldet weiter aus London, der amerikanische Finanzminister Mellon ist fünf Tage vor Hughes in London eingetroffen und hat Besprechungen mit den französischen und italienischen Delegierten aufgenommen über die Abtragung der Schulden an Amerika. Diese Besprechungen finden außerhalb der Konferenz statt.

General Castelnau telegraphisch nach London berufen.

Karlsruhe, 20. Juli. Die „Straßb. N. Btg.“ meldet aus Paris: Obwohl in London militärische Räumungsfragen nicht besprochen werden, ist General Castelnau gestern vom Kriegsminister Nollet telegraphisch nach London berufen worden. In der Reise Castelnaus erblickt man in Paris die Bestätigung dafür, daß unabhängig von den amtlichen Konferenzverhandlungen in London nichtoffizielle Verhandlungen zwischen England und Frankreich über die Dauer der Besetzungen und über die nach dem Versailler Vertrag eintretenden Räumungsfristen geführt werden. Bis hier ist die englische Regierung der französischen Stellungnahme, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen haben, noch nicht beigetreten.

Sanktionen um jeden Preis.

Karlsruhe, 20. Juli. Der „Matin“ meldet aus London: Die Erörterung der Strafmaßnahmen im Falle eines deutschen Verzugs hat Donnerstag im ersten Ausschuss begonnen. Die Vorschläge des französischen Vertreters, della Rocca, nach jedesmaliger Ausdehnung der Besatzungszone um 150 Kilometer, bis Deutschland den restlichen Verpflichtungen nachgekommen ist, in Verbindung mit einem wirtschaftlichen Boykott konnten bisher nicht zum Beschluß erhoben werden. Die Engländer haben für die Montagtagung einen Vermittlungsvorschlag angehängt, von dem man erwartet, daß ihm auch Amerika zustimmen wird.

Amerikas Meinung.

Newyork, 20. Juli. In einer offiziellen Äußerung nimmt das Weiße Haus zu der beabsichtigten Ernennung Youngs zum Reparationsagenten und Schiedsrichter Stellung. Präsident Coolidge, so heißt es, sei über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz befriedigt. Die Ernennung Youngs würde Amerika zu außerordentlicher Genugtuung gereichen. Es könne an der Ernennung als solcher jedoch keine Stellung genommen werden, da hierüber die europäischen Regierungen allein zu befinden hätten. Coolidge läßt den weiteren Londoner Beratungen aufrichtig entgegen und rechnet bestimmt mit günstigem Ergebnis. Diese Erklärung wird in politischen Kreisen als neue Bekräftigung der Abstinenzpolitik der gegenwärtigen Regierung in Washington gegenüber den europäischen Angelegenheiten angesehen, wenn es auch andererseits als nicht ausgeschlossen bezeichnet wird, daß die Vereinigten Staaten sich doch noch zu aktivem Eingreifen entschließen, falls keine andere Möglichkeit besteht, den Dawes-Plan zu retten.

Amerikanische Stimmen gegen die Spaltung Frankreichs.

Newyork, 20. Juli. Selbst extrem französischfreundliche Organe, wie „Newyork Evening Post“ sehen sich jetzt in Verlegenheit. Worin die Verteidigung für die unwahrscheinliche französische Politik zu finden. Das Blatt schreibt, man müsse jetzt die Hoffnung aufgeben, daß die Londoner Konferenz den Dawes-Plan durch einen Beschluß traktat lösen werde. Die Billigung der Anleihe durch Amerika werde solange unmöglich, als man nicht wisse, was im London herauskomme. Das republikanische Blatt „The Sun“ meint, es müßte doch nicht ganz unmöglich sein, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Die Bankiers könnten eine Verpflichtung zur Ausgabe der Anleihe nur dann übernehmen, falls Frankreich endgültig und unwiderruflich auf die Wirtschaftspolitik Deutschlands zu einem bestimmten Datum wiederherzustellen gewisse Hoffnungen werden hier auf Staatssekretär Hughes gesetzt, dessen Ankunft in London heute erfolgt. Hughes, so wird in politischen Kreisen erklärt, habe als erster der Dawes-Kommission und dem Dawes-Plan zugestimmt. Sein Ansehen als Staatsmann stehe auf dem Spiel, wenn die Londoner Konferenz ein Mißgeschick erleide.

Republikanische Stimmung in Bulgarien.

Wien, 20. Juli. Das „N. B. Ztbl.“ meldet aus Sofia: Trotz des amtlichen Dementis kam es am Donnerstag wieder zu einer republikanischen Massenversammlung in Sofia, an der etwa 6000 Personen aus dem ganzen Lande teilnahmen. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die eine Volksabstimmung über die Staatsform in Bulgarien und den Rücktritt der Regierung verlangt.

In kurzen Worten.

Bei den Waldbränden, die in der vergangenen Woche in den westlichen Staaten und in British Columbia gewütet haben, sind nach den bisherigen Schätzungen 62 Personen umgekommen. Bei einem Waldbrand in Washington sollen allein 35 Personen getötet worden sein. Die Brände in Kalifornien, vor allem der Brand des Nationalparks nördlich von Los Angeles, sind noch nicht gelöscht. Man beabsichtigt, in Los Angeles die Forstbeamten durch Überhebung auf der Straße zu verstärken. In Nordkalifornien haben sich vierhundert Freiwillige zur Bekämpfung der Brände gemeldet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt Montag, nachmittags 3 Uhr, zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen.

Für die Freilassung des zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilten kaiserlichen Aktivisten Dr. Borns fanden am 11. Juli in den verschiedenen Städten Brandenburgs politische Demonstrationen statt. Auch in der Kammer forderte der Abgeordnete Picard Amnestie. Der Justizminister Maillon erklärte, daß er nichts tun könne, denn er sei gebunden an die früher getroffenen Maßnahmen des sozialistischen Justizministers Vanderbelde.

Zur Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr der Befreiung Ostpreußens findet am 23., 24. und 25. August in Rast ein großer „Ostpreusentag“ statt.

Fliegerunglück in der Fischehofswähe. Heute hat sich abermals ein gräßliches Fliegerunglück ereignet. Bei einer Flugübung erlitt heute früh ein Militärflugzeug vom Flieger-Regiment Nr. 1 anlässlich einer Notlandung bei Garzowitz nördlich Pörschke eine Sabotage und verbrannte. Der Pilot, Oberleutnant Prekan, und der Beobachter, Leutnant Mondragel, wurden als verlorene Leichen geborgen.

Die glückliche Geburt eines strammen
Sonntagsjungen
zeigen hocherfreut an

Carl Reschke, Fleischermeister
und Frau **Erna**, geb. Siegmund,
z. Zt. im Diakonissenhaus.

Poznań, den 20. Juli 1924.
Glogomska 95.

Die glückliche Geburt eines
zweiten Jungen
zeigen hocherfreut an
W. Stock und Frau Erna
geb. Senfleben.
Krotoszyń, den 14. Juli 1924.

Vertreter

mit erstkl. Referenzen zum Vertrieb einer neu
patentierten, äußerst billigen **Pumpe** gesucht. Offert.
unter L. O. 6910 an Rudolf Mosse, Leipzig.

„Der Weltmarkt“

Organ für die Einkäufer
mit neuen Rubriken ab 1. April d. Js.
„Ausfuhrzentrale für den Osten“
„Leistungsfähige deutsche Lieferanten
für den Bedarf der Oststaaten“
dient den Interessen des oststaatlich-
deutschen Handelsverkehrs.
Jahresbezugspreis 6 Dollar einschl. Porto.
Einzelne Probenummern kostenfrei durch
J. C. König & Ebhardt, Hannover.
Verlag: „Der Weltmarkt“.

Internationale V. Reichenberger Messe

9. bis
15. August
1924.
Grösster
Textilmarkt.



Bester Einkauf
tschechoslow.
Industrie-
erzeugnisse in
20 Waren-
gruppen.

Besuchern aus dem Ausland ist das
tschechoslowakische Passivum erlassen.
35% Fahrpreisermäßigung a. tschechoslow. Eisenbahn.
Messelegitimationen sind erhältlich in
Warschau: **Jakob Czaplinski, Bracka 18**,
sowie in allen größeren Handelsplätzen.
Das Messeamt in Reichenberg in Böhmen, Tschechoslowakei.

Getreidemäher

Deering, Case, Chth-Leiser
sowie preiswert vom Lager lieferbar.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Landwirtschaft im Freistaat!

250 Morgen, durchweg Weizen- u. Rübenboden, massive
Gebäude, Herrenhaus m. 8 Zimmern u. Zubehör, ein zweites
m. 4 Zimmern u. Zubehör, elektr. Licht u. Kraftanlage, elektr.
Motor u. Dreschmaschinen vorhanden. 20 Min. zu Fuß von der
Vollbahn u. dicht an Chaussee gelegen. Verhältnisse sehr
gut. Gute Haus m. 5 Bettefamilien. Es ist Kindern Gelegenheit
geboten, die Schule in Danzig zu besuchen, weil Vorortverkehr.
Eggl. Kirche im Dorf. Übernahme kann sofort geschehen; zur
Anzahl. sind 60-80 000 Gulden ob. Gegenwert erford. Das
Grundst. ist schuldenfrei. Es wollen sich nur ernste Reflekt.
denen obige Anzahlg. zur Verfügung steht, bei der Güteragentur
Rathenow, Danzig, Vorstadt, Graben 21, von 9-5 Uhr,
melden. Sogen. Forscher erh. keine Auskunft. Mehrere kleinere
Landwirtschaften habe ich noch im Freistaat zu verkaufen.

Vertreter

mit erstklassigen Referenzen zum Vertrieb einer
erstklassigen modernen **Schreibmaschine** (neueres
System) gesucht. Off. unter L. M. 6900 beförd.
Rudolf Mosse, Leipzig.

Arbeitsmarkt

Bilanzfischerer
Banbuchhalter
von deutscher Aktien-Bank in Kreisstadt gesucht.
Kenntnis der polnischen Sprache erwünscht. Schriftliche
Angebote mit Zeugnisabschriften unter O. Z. 8465 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Oberförster,

erfahrener Forstwart und hervorragender Hoch- und Nieder-
wildjäger mit großer Praxis im Staats- und Privatdienst,
der polnischen Sprache mächtig, wird per bald oder später
Wirtungsfreis in nur dauernder Position gesucht. Off.
unter C. P. 8463 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Diener-Chauffeur

Gesucht zum 1. Oktober
mit besten Empfehlungen auf ein Rittergut. Offerten unter
8458 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für Landhaushalt bei Posen wird zum 1. August
d. Js. evtl. später eine erfahrene, ehrl. einfache, evangel.
Mädchen vorhanden. Offerten
unter 8461 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Per sofort **Wirtschaftsaffistent**
ein evangel. Polnische Sprachkenntn. auch in Schrift erforderlich.
Gutsverwaltung Muchocin bei Miedzychód.

Wir empfehlen, neu, zur
Anschaffung und sofortigen
Lieferung:

Cremer, Praktisches Lehrbuch
des Schachspiels.
Gordon, Die geheimen Mächte
der Hypnose.
Helling, Der Cafetredner bei
allen Festlichkeiten.
Jungmann, Wie treibe ich
Zimmerymnastik.
Kaldewey, Das Einmachen
der Früchte.
Kaldewey, Unser Haus- und
Küchengarten.
Münter, Polsterabend und
Hochzeitsgedichte.
Memmer, Kein Geld mehr.
Reuter, Was trage ich vor.
125 humoristische Vorträge.
Richter, Der Charakter aus
der Handschrift.
Schloß, Die Kunst der Rede,
Lehrbuch für Redner und
Zuhörer.
Weißalles, Das Tausend-Rät-
sel-Buch.
Wie pflanze und baue ich
Cabal. Zigarrenselbsther-
stellung.

Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt **T. A.**
Poznań, ulica Zwierzyniecka 8.

Verchiedenes

„Protos“ Auto

offen, 6 sitzig, 8/24 PS., gute
Verarbeitung, fahrfertig, preiswert,
sofort zu verkaufen.
Paul Seler, Poznań,
ul. Przemysłowa 28.

Wer hat Interesse

mit dem gesamten Ausland
zu korrespondieren?
Adressen bitte an
Internat. Freundschafts-Bund
Berlin N. 65 s, Triftstr. 58.

1 Stroh- Elevator

4 räd. (Danziger Fabrikat),
habe billig abgegeben.
G. Scherfke
Maschinenfabrik
Poznań, ul. Dąbrowskiego 93.

Prima gearbeitete Reisekörbe, Wäsen und Wäschkörbe

Liefert billig
J. Pomierski
Korbmacher
Polstie Grunowo
p. Gniez (Wende), Pomorze.

Günstiger Kauf!

Geschäftshaus
(Prov. Poznań) massiv, für
jedes Unternehmen geeignet,
mit freiverbender Wohnung,
2 klein. Gärten, i. d. Kellerreien
eine Bäckerei, Gartenhaus, au-
ßerdem 15 Morg. Land, guter
Boden, in der Nähe der Stadt
an dem Bahnhof gelegen für
schnell entschlossen. Reflektan-
ten sofort zu verkaufen.
Angebote unter **J. A. 8460** an
die Geschäftsstelle d. Blattes.

Herr

in mittleren Jahren sucht
Wohnung
evtl. Pension bei gebild. Dame.
Off. u. 8470 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ein Sommerwohnung

Zimmer m. Küche ohne Möbel
dicht am Wasser und Wald,
ruhige Lage, Nähe Posen an
solide Leute auf 8 Wochen zu
vermieten. Off. an die
Gutsverwaltung **Strzeszyn**
Post **Glomnik** bei Poznań.

Stellenangebote.

Suche zum 1. 8. 1924 ein
evangel. Fräulein
als Stütze für ländl. Haus-
halt. Bedingungen m. Gehalts-
ansprüche bitte einfinden an
Frau Gutbesitzer **Furcheim**
Mglin, p. Srodle.

Mädchen

oder alle nsteh. Frau für ev.
Lehrerhaushalt sofort gesucht.
Freie Reise. — Hoher Lohn.
Kirschbaum, Dzierzno
b. Natlo, pom. Węzrost.

Hilfsjäger

mit forstlichen und jagdlichen
Kenntnissen, unterb., evgl., d.
1. Oktober oder früher gesucht.
Gerlach, Forstverwalter
Cudmowo, p. Kobylnica
pom. Poznań wschód.

Für ein Kolonialwaren-
u. Restaurationsgeschäft
in kleiner Stadt, Nähe Posen
wird von **Lehrling**
sofort ein
gefordert, der beide Sprachen
beherrscht, evgl. Sohn acht-
barer Eltern ist, u. gute Schu-
lenkenntnisse besitzt. Off. u. 8436
an die Geschäftsstelle d. Bl.

1 Wagenjattler
1 Kastenmacher
nur erste Kräfte verlangt
bei hohem Lohn.
J. Martin, Gniezno.

T i h - M i n h

Schluss:

III. Serie:

Geheimnisvoller Raub.

IV. Serie:

Zwischen Himmel und Erde.

TEATR PALACOWY
pl. Wolności 6.

Związek właścicieli parowych maszyn do omłotu zboża
Dampfdrescherei-Verband
hat ca. 100 **Dampfdresch-
sätze** mit Elevatoren u. Pressen
leihweise abzugeben durch d. Vorstand
G. Scherfke, Maschinenfabrik,
Poznań, ul. Dąbrowskiego 93.

Beste Strohverwertung!
Für Landwirte und Fouragegeschäfte habe ich sehr
preiswert abgegeben: (8461)

fahrbare Hackelanlage,
Krieger-Sambor 8 messerig, mit dopp. Siebwerk, Stummel-
elevator und Einsackvorrichtung. Maschine kann für sich allein
oder in Verbindung mit Dampfdreschmaschine betrieben werden.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Treibriemen

Leder, Korkelhaar, Hanf
Sander & Prathuhn
Hanf- u. Draht-Seile
Poznań, ul. Szweryna Mickińskiego 23. Telef. 40.

BALLONS,
umflochten, von 5, 10, 25 Kilo
Inhalt, taufst ständig
F. G. Fraas Nachf.,
Inh. Wladislaw Kaiser, Poznań,
ul. Wielka 14. Tel. 3013.

Stellengefuche.

Infolge Liquidierung, sucht
Kontoristin
der poln. u. deutschen Sprache
mächtig, mit langjährig. Tätig-
keit und allen Kontorarbeiten
vertraut, per bald oder 1. 10.
d. Js. passende Stellung.
Offerten erbeten unter 8371
an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Gebild. ev. Mädchen mit
Kenntn. der Buchführung für
Vertrauensstellung
bei Familienanruf nach
KleinStadt gesucht. Polnische
Sprache erwünscht, aber nicht
Bedingung. Ang. u. S. 8419
an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Empfehle mich als
Hauschneiderin.
Off. u. 8459 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

ZINK,
Bei u. andere Metalle taufst
W. Pionka, Metallwarenfabrik,
Poznań, Jagórze 6. Tel. 1100.

Damenstrümpfe,

Socken, Handschuhe. Neu
Sendungen eingetroffen! Be-
kannt nur ausgezeichnete Qua-
litäten zu auffallend niedrigen
Preisen. **Suchanicki, Król u.**
Bolesław, Poznań, 3. Maja 4.

Die Aufwertungs- Berordnung

vom 14. Mai 1924 ist bei
uns zu haben.
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 8.

J. Kadler vorm. O. Dümke + Möbelfabrik
Poznań, ul. Ś. Katarzyna Nr. 36.
Speiser, Herren- und Schlafzimmer
Küchen / Klubmöbel in Leder und Gobelin.
Anfertigung nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

Bordeauxweine

weiß und rot

reichhaltige Auswahl bei

NYKA & POSŁUSZNY

Erstklassiges Wein- und Spirituosen-Versandhaus.
Poznań, Wrocławska 33/34. Telefon 1194.

„Stock“-Motorpflug

modern, ca. 60 PS., 6 schärig, Rückwärts- u. motor. Tiefen-
stellung, sofort betriebsfähig, sehr billig abgegeben.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

ERDMANN KUNTZE

Schneidermeister Poznań, ul. Nowa 1, I. Etage

Anfertigung vornehmster Herren- u. Damen-Moden

Eigenes Atelier
im Hause.

Lager
in prima
englischen
u. deutschen
Stoffen.

Moderne
Frack-Anzüge
zum Verleihen.

Lieferte Stoffe werden zu erstklassiger
Verarbeitung angenommen.

Anschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Anschneiden!

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat August 1924

Name

Wohnort

Postansicht

Straße

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. Juli.

Neue Liquidierungen.

Der „Monitor Polski“ meldet (in Nr. 149 und Nr. 150) vom 2. und 3. Juli folgende Liquidierungen:

Die Liquidationskommission zu Posen beschloß am 16. Mai die Enteignung der Güter Lubosin und Przechanka, beide im Kreise Samter, Besitzerin die Major de Regesche Familienstiftung, ferner am 6. Juni die Liquidierung des Fabrikgrundstücks zu Czarnikau im gleichnamigen Kreise, Besitzer Ingenieur Paulsen-Sönke zu Czarnikau und des Grundstücks zu Niedzi-gom im Kreise Neutomischel, Besitzer Emil Klement, ferner des Gutes Bielofoss im Kreise Birnbaum, Besitzer Dr. Karl Rose, desgleichen am 13. Juni die Enteignung der Ansiedlung Tonowo Nr. 73 im Kreise Znin, Besitzer Richard Jäger und seine Ehefrau Martha geb. Siegler, und am 20. Juni die Ent-eignung folgender Rentenanfiedlungen: Grabowo Nr. 16 im Kreise Wirf, Besitzer Gotthold Köbiger, Lutomys Nr. 7 im Kreise Wirf, Besitzer Johann Friedrich Rudolf, Dorowo Nr. 51 im Kreise Samter, Besitzer Jakob Schäfer, Wladys-lawowo Nr. 7 im Kreise Czarnikau, Besitzer Heinrich Garfke und seine Ehefrau Martha geb. Heinrich, desgleichen beschloß die Liquidationskommission zu Posen am 11. April die Enteignung des Apothekengrundstücks zu Ritschenwalde im Kreise Dobrosz, Besitzer Gotfried Niehstädt, und am 9. Mai die Liquidierung des Apothekengrundstücks zu Neuen-burg im Kreise Schmeck, Besitzer Otto Tiek.

Budget der Landarbeiter.

Für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1924.

Zwischen dem Zjednoczenie Producentów Rolnych und dem Arbeitgeberverband einerseits und dem Związek Zawodowy Robotników Roln. i Lesnych und dem Chrzescijański Zjednoczenie Zawodowe andererseits, wurde nachfolgendes Budget für die Landarbeiter vom 1. April bis 30. September 1924 auf Grundlage des Roggenpreises von 5,50 Zloty pro 50 kg aufgestellt.

Budget für die Deputanten:

21 Zentner Roggen	21 Ztr. Roggen
6 Gerste	6 „
3 Weizen	4,50 „
2 Erbsen	4 „
2 Kartoffeln	12 „
1 Morgen Land	8 „
30 Ruten Krausland	1,50 „
Halftung einer Kuh	12 „
Wohnung	5,00 „
Brennmaterial	25,00 „
Barlohn	9,00 „
Jährlich	108 Ztr. Roggen

108 Ztr. Roggen à 5,50 Zl. = 594,00 Zl.
594,00 Zl. : 300 Tage = 1,98 Zl. tägl. auf die Stunde 0,21 Zl.

Budget für die Häusler:

8 Ztr. Roggen	8 Ztr. Roggen
2 Gerste	2 „
1 Erbsen	2 „
1 Weizen	1,50 „
2 Morgen Land	16,00 „
2 freie Fuhren	2,00 „
Tagelohn	54,00 „
Jährlich	85,50 Ztr. Roggen

85,50 Ztr. Roggen à 5,50 Zl. = 470,25 Zl. : 300 Tage = 1,57 Zl.
Tagelohn, pro Stunde 0,17 Zl. Der Wert des Deputates pro Tag beträgt 0,58 Zl.

Budget für die Scharwerker:

Getreide	6 Ztr. Roggen
Land bzw. Kartoffeln	4 „
1 m Klobenholz	2 „
Jährlich	12 Ztr. Roggen

12 Ztr. Roggen : 300 Tage = 4 Pfd. Roggen pro Tag.

Deputatwert in Roggen	Tagesverdienst in Roggen	zusamm. täglich in Roggen	pro Stunde in Bar
Rat. 1 b 4 Pfd.	4 1/2 Pfd.	8 1/2 Pfd.	0,47 Zl.
II a 4 „	7 1/2 „	11 1/2 „	0,63 „
III b 4 „	9 „	13 „	0,72 „
IV 4 „	11 1/2 „	15 1/2 „	0,85 „
	18 „	22 „	1,21 „

Budget für die auswärtigen Saisonarbeiter.

(Wochenbudget).

30 Pfd. Kartoffeln	6 Pfd. Roggen
3 1/2 l Vollmilch	7 „
7 Pfd. Brot	19 „
1 „ Grütze	2 „
2 „ Erbsen	4 „
2 „ Wehl	3 „
1 1/2 „ Salz	1 „
Brennmaterial	6 „
Wohnung, Licht, Benutzung der Kochgeschirre	1 „
Röschin	8 „

Wöchentlich 48 Pfd. Roggen

Tägl. Deputat-Wert in Roggen	Tägl. Verdienst in Roggen	Zusammen in Roggen	Täglich in Bar	Pro Stunde in Bar
Rat. 1 8 Pfd.	23 Pfd.	31 Pfd.	1,70 Zl.	0,18 Zl.
II 8 „	14 1/2 „	22 1/2 „	1,24 „	0,13 „
III a 8 „	11 „	19 „	1,05 „	0,11 „
III b 8 „	12 „	20 „	1,10 „	0,12 „

Budget für die örtlichen Saisonarbeiter.

(Jährlich).

8 Ztr. Roggen	8 Ztr. Roggen
1 „ Weizen	1,50 „
2 „ Gerste	2,00 „
1 „ Erbsen	2,00 „
30 „ Kartoffeln	6,00 „
2 m Holz	4,50 „
Jährlich	24,00 Ztr. Roggen

24,00 Ztr. Roggen : 300 Tage = 8 Pfd. Roggen p. Tag.

Wert des tägl. Dep. in Roggen	Tägl. Verdienst in Roggen	Zusammen in Roggen	Täglich in Bar	Pro Stunde in Bar
Rat. I 8 Pfd. Rogg.	23 Pfd.	31 Pfd.	1,70 Zl.	0,18 Zl.
II 8 „	14 1/2 „	22 1/2 „	1,24 „	0,13 „
III a 8 „	11 „	19 „	1,05 „	0,11 „
III b 8 „	12 „	20 „	1,10 „	0,12 „

Posen, den 7. Juli 1924.

Eine mißglückte Mission.

Der Klub der Nationalen Arbeiterpartei gibt den Mitgliedern des Mietervereins folgendes zur Kenntnis: „Am Montag, dem 14. d. Mts., traf in Warschau eine Delegation des Mietervereins mit Herrn Lubiazky an der Spitze ein und meldete sich beim Klub der Nationalen Arbeiterpartei, insbesondere beim Abg. Herz, damit dieser sich mit ihm zum Justizminister begeben. Der Abg. Herz erwirkte für die Delegation Erlaubniskarten und führte sie beim Klub ein. Im Klub wurden die Wünsche der Delegation angehört, und es wurde vereinbart, daß sich die Delegation am 15. d. Mts., vormittags 11 Uhr, im Ministerium einfänden solle, wo sie Abg. Nader erwarten und zum Minister führen werde. Der Abg. Nader war pünktlich zur Stelle und wartete auf die Delegation bis 10 Minuten nach 12 Uhr in den Warteräumen des Ministers. Die Delegation ließ sich aber nicht sehen. Abg. Nader ließ sich darauf eine Bescheinigung ausstellen, daß er über eine Stunde vergeblich gewartet habe. Es ist noch zu bemerken, daß die Delegation am Montag 1 1/2 Uhr sich bei einem Amte einfanden sollte — aber eine Stunde später amüsierte sie sich noch auf's Beste im Restaurant des Sejm. Nach einer weiteren Stunde verließen zwei Herren das Büfett, aber in einem solchen Zustande, daß einer von ihnen Gut und Stock verlor. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst.“

Daß die Mission wie das Hornberger Schießen verlief, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Die „Prawda“ (Nr. 166 vom 20. Juli), der wir die vorstehende Mitteilung entnehmen, übt scharfe, aber berechnete Kritik an dem Vorstände des Mietervereins.

Bemerkten möchten wir unsererseits noch, daß die Delegation des Posener Mietervereins mit der hochwichtigen Mission beauftragt war, beim Justizminister eine authentische Interpretation der Ermittlungsfrage, die bekanntlich in letzter Zeit in Posen viel Staub aufgewirbelt und zu einer Mieter-versammlung Anlaß gegeben hatte, zu erwirken.

Kriegsgräberfürsorge.

Man schreibt uns:

Der „Volkshund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“, Berlin W., 10 Rathäufkirchstr. 11, ptt., hat es sich zur Aufgabe gemacht, für die würdige Erhaltung der Gräber der fast zwei Millionen deutscher Gefallener einzutreten. Zu diesem Zweck hat er ein Reg. von Vertrauensleuten in allen in Betracht kommenden Ländern ge-

wonnen, die im Sinne dieser Aufgabe tätig sind und über das Schicksal der deutschen Gräber berichten. Für die Aufrechterhaltung seiner Fürsorgetätigkeit sucht der Volkshund Hilfe außer bei den Angehörigen der Gefallenen, auch bei solchen Personen und Personengemeinschaften, die den Wert dieser Tätigkeit für die sittliche Erneuerung des deutschen Volkes und für das deutsche Ansehen im Auslande erkennen, jedoch an dem Vereinsleben des Bundes nicht teilnehmen wollen oder können. Der Bund würde es dankbar begrüßen, wenn ihm aus den Kreisen der in Polen wohnenden Deutschen, von Frauen und Männern in Polen Unterhütung im Sinne dieser Bestrebungen und Ziele gewährt würde. Zur Weiterleitung von Anerbieten, die nicht an den Volkshund unmittelbar gerichtet werden, ist die Geschäftsstelle des Blattes gerv bereit.

Eine geldliche Verpflichtung erwächst den Mitarbeitern oder Unterstühenden nicht.

× Eine zeitgemäße Verordnung über Steuern und Auslands-pässe. Das Innenministerium hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Bestimmung, nach der Personen, die der Antrag auf Ausstellung eines Auslandspasses stellen, eine Bescheinigung der Finanzämter vorzulegen haben, daß sie mit der Steuerzahlung nicht im Rückstande sind, aufgehoben. Diese Verordnung betrifft nicht Personen, die für dauernd ins Ausland verziehen. Da wohl jetzt mit dem Inkrafttreten der „billigeren“ Pässe die Nachfrage nach den Auslands-pässen sehr groß werden dürfte, erhält diese Bestimmung des Innen-ministeriums eine ganz besondere Bedeutung.

× Die Roggenernte hat in den letzten Tagen in der Um-bung von Posen ihren Anfang genommen. Der Strohsertrag ist a. gut anzusprechen, über den Körnerertrag läßt sich Positives noch nicht angeben.

□ Posener Wochenmarktspreise. Auf dem heutigen (Montag-) Wochenmarke zeigte die Butter eine erhebliche Preissteigerung, ebenso die Eier. Es kostete ein Pfund Landbutter 1,50 Zloty, die Mandel Eier 1,40 Zloty, ein Bund Mohrrüben 15 Groschen, ein Pfd. Schoten 20 Groschen, ein Bund Kohlrabi 10 Groschen, das Pfd. Schnittbohnen 20 Groschen, eine Gurke 20 Groschen, eine Mandel Land-Gurke 1 Zloty, das Pfd. Kürbchen 35—40 Groschen, ein Hering 10 Groschen, ein Matjeshering 30 Groschen, das Pfd. Schweinefleisch 65 Groschen, Kalbfleisch 60 Groschen, Speck 67 Groschen. Auf dem Marke war Gemüse in großen Massen angeboten.

× Deutscher Theaterverein. Es wird hierdurch noch einmal darauf hingewiesen, daß „Die Großstadtluft“, Schwanke in 4 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg am nächsten Freitag, dem 25. Juli, abends 8 Uhr im großen Saale des Zoologischen Gartens durch die Mitglieder des Deutschen Theatervereins, die sich in uneigennützigster Weise zur Verfügung gestellt haben, aufgeführt wird. Die Aufführung ist nur ein-malig, da im August verschiedene Mitglieder ihrer Ferien halber verreisen. Eintrittskarten zu den Preisen von 3 und 2 Zloty sind, wie üblich, in dem Zigarrengeschäft Gumnior, Str. Marcin Ede ul. Swarna, zu haben.

× Im „Rino Apollo“ geht jetzt unter dem Titel „Das Modell“ ein Drama aus dem Malerleben über die Leinwand, das auf das Publikum eine so gewaltige Anziehungskraft ausübt, daß das Theater in sämtlichen Vorstellungen bis auf den letzten Platz ausverkauft ist. Das Drama schildert in ergreifenden Szenen die Liebe eines Malers zu seinem Modell, die Hindernisse, die sich der Vereinerung der beiden Liebenden in den Weg stellen, und wie endlich aus den beiden ein glückliches Paar wird. Die etwas dürftige Handlung wird durch allerlei kurzweilige Szenen, so z. B. durch die Dar-stellung eines Bacchanals am Jahreschlusse belebt und steht bei der Vorführung eines furchtbaren Wettersturms auf der Höhe der In-teressanz. Die Darstellerin der Trägerin der Kette, Corinne Gröflich, wirkt durch ihr gereiftes Spiel wie durch ihre sym-patibischen Züge in den Momenten des tiefsten Schmerzes wie des Himmelhochjauchzens fesselnd und ergreifend, während die übrigen Darsteller sich meist ebenbürtig ihrer Gabeleistung anpassen. Alles in allem ein Filmspiel, das den Massenbesuch, der ihm zuteil wird, vollaus rechtfertigt.

× Einen empfindlichen Verlust hatten zwei Beamte der Bank Przemyslowcow am vergangenen Mittwoch zu beklagen. Sie waren mit 10000 Zloty zur Bank Polski geschickt worden, um dort mehrere Wechsel einzulösen. Als sie das Geld aufzählen wollten, machten sie die unliebsame Entdeckung, daß es ihnen gestohlen worden war. Die Summe ist einstweilen von den Direktoren der Bank Przemyslowcow gedeckt worden, so daß die Bank selbst keinen Schaden erleidet.

× Beschlagnahme Diebstehrs. Im 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Nataszka (fr. Ritterstraße) befindet sich ein herrenloses Herrenfahrrad, Marke Ralser.

× Angehalten wurde auf der Warthe ein herrenlos treibender Kahn von 5 1/2 Metern Länge. Der Eigentümer kann sich im 5. Polizeibereich auf der Wallischei melden.

Copyright 1924 by Paul Steegemann, Hannover.

Raffle & Cie.

Ein Zeitroman von Dr. Arthur Landsberger.

(Nachdruck verboten.)

(1. Fortsetzung.)
„Was heißt beim Abendessen? um diertel elf? das ist doch keine Zeit,“ sagte Cäcilie.
„Wie? keine Zeit?“ fragte Raffle.
„Nu, ich mein' nur. Für ohne Theater ist es zu spät; um für nachm Theater ist es zu früh.“
„Deine Sorgen! — Wo also?“ fragte er den Diener und setzte sich auf eine Tür hin in Bewegung.
„Nein! nein!“ rief der Diener. — „Wenn Sie bitte hier...“ und er wies auf die Treppe, die in die oberen Räume führte.
Räte und Paul waren vom Tisch aufgestanden und in den Salon gegangen.
Die Tür öffnete sich, und Herr und Frau Raffle traten ins Zimmer. Cäcilie in großer Abendtoilette; er im Frack.
„Wir kommen hoffentlich nicht ungelegen,“ sagte Cäcilie und gab Räte die Hand.
„Durchaus nicht,“ erwiderte Paul und forderte Raffles auf, sich zu setzen.
Die beiden saßen umständlich in die schweren Sessel nieder; Cäcilie wußte nicht recht, wo sie das komplizierte Seidenkleid, das hier und da in Unordnung geriet, zuerst zurechtstutzen sollte; und Raffle, ihr Gatte, zog die Enden des Seidens-bands fest, öffnete den untersten Knopf der weißen Weste und zog über den Knien die Hosen in die Höhe. All diese Be-wegungen verriet den Neuling, schienen angelernt und wirk-ten unnatürlich, so daß Paul und Räte erstaunt aufsaßen und dachten: Was haben sie bloß! und gar nicht merken, daß sie selbst, indem sie sich setzten, ganz unbewußt ähnliches oder dasselbe taten.
So! Nun waren sie so weit, Cäcilie sah sich im Salon um und sagte:
„Schön hatten Sie's hier!“

Paul stutzte und Räte erwiderte lächelnd:
„Wir werden uns in unserem neuen Heim ebenso wohl fühlen.“
„Gott ja!“ sagte Cäcilie, — „man gewöhnt sich an alles.“
Räte widersprach:
„Sagen Sie das nicht, Frau Raffle. — Sehen Sie, bei einem da dauer's Generationen, um mit dem Luxus, der von außen plötzlich an ihn herantritt, zu verwaschen. Und bei andern, wie bei uns, da bedarf's gar keiner Gewohn-heit, um uns äußerlich mit weniger zu bescheiden. Das Wesentliche nämlich, worauf es ankommt, das nehmen wir mit.“
„Nun, darüber sind ja wohl genaue Abmachungen ge-troffen,“ erwiderte Raffle.
„Vorüber?“ fragte Räte.
„Über das, was hier bleibt und was in dem Kaufpreis von achthunderttausend Mark mit einbegriffen ist.“
Räte lachte.
„Ich meinte das anders,“ sagte sie. „Ich meinte das Bewußtsein und die Gesinnung.“
„So, so!“ erwiderte Raffle verwirrt, „natürlich, das dür-fen Sie mitnehmen.“
„War sonst noch etwas, worüber Unklarheit besteht?“ fragte Paul, der nun endlich den Grund dieses späten über-falls kennen lernen wollte.
„Für uns nicht!“ erwiderte Cäcilie. „Ich wenigstens fühle mich hier schon wie zu Hause.“
„Ach!“ entfuhr es Räte, und Paul dachte: Na, das kann ja nett werden. Am Ende übernahmen sie gleich hier.
„Sie waren im Theater?“ fragte Räte um das Ge-spräch auf etwas anderes zu bringen.
Cäcilie wies auf ihre Toilette.
„Sehen Sie das nicht?“
„Doch! doch!“ erwiderte sie und unterdrückte ein Lachen.
„Ich wunderte mich nur, daß Sie dann schon so früh — vermutlich sind Sie nicht bis zum Schluß geblieben?“

„Nein! Ich finde, man braucht sein Geld nicht bis zur letzten Minute abzusitzen. Im übrigen: ein Stück haben Sie gegeben! — Ich kann Ihnen sagen!“ — Fallen Sie ja nicht darauf hinein... Wie hieß es?“ fragte sie ihren Mann.
Der zog die Schultern hoch:
„Jrgend was mit Sonate war's.“
„Vermutlich die Gespinstersonate von Strindberg?“ sagte Räte.
„Möglich!“ erwiderte Cäcilie. „Wir glaubten natürlich, es wär' was mit Musik.“
Bewußte Irreführung ist das! schalt Raffle.
Cäcilie beruhigte ihn und sagte:
„Nur gut, daß Geld bei uns keine Rolle spielt! Sonst müßte man sich wahrhaftig über die fünfzehn Mark ärgern.“
Raffle stimmte seiner Frau zu und meinte:
„Für dasselbe Geld hätte man die schönste Operette haben können.“
„Sie lieben die Operette?“ fragte Räte, und Frau Raffle, die die Ironie nicht merkte, rief:
„Ich biit' Sie! Wer liebt die nicht? Wenn Sie später 'mal zu uns hierher zu Besuch kommen — wir haben zwei-hundertsechszunddreißig Platten auf unserem Grammophon — Sie werden staunen! Da sitz' ich doch lieber zu Haus bei meinem Grammophon, statt mir so einen Blödsinn wie heute abend anzuhören.“ Cäcilie erhobte sich und warf die bering-ten Hände in die Luft — „Ach, überhaupt Musik! Ich weiß nicht, ob Sie auch so dafür inclinieren. Ich sage immer zu meinem Mann: große Meisen und teure Kleider und feiner Berlehr, das ist ja alles ganz nett — aber über so eine ge-fäßvolle Operette, darüber geht nichts!“
Paul wurde die Sache zu dumm.
„Das ist ja wohl kaum der Grund, dem wir Ihren Be-such ver danken,“ sagte er nicht übermäßig freundlich. — Ver-mutlich hängt er mit der Übernahme der Villa zusammen.“
„Selbstredend!“ erwiderte Raffle. „Als wir aus dem Theater kamen, meinte meine Frau: Eigentlich könnten wir noch ein Stündchen in unsere Villa. Und da wir vor dem Theater gegessen haben, so...“ (Fortsetzung folgt.)

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

Die Belegung der Königsberger Herbstmesse. Trotz des schweren Druckes, mit dem die Kreditnot die deutsche Wirtschaft belastet, war der Ausstellungsräum, der für die Königsberger Herbstmesse (10.—13. August) zur Verfügung steht, frühzeitig voll belegt, so daß die Wünsche vieler neuen Firmen, die in Königsberg ausstellen wollten, nicht mehr erfüllt werden konnten. Vor allem in der Textilbranche, bei Schuh- und Lederwaren sowie bei den Nahrungs- und Genussmitteln überstieg die Nachfrage die vorhandenen räumlichen Möglichkeiten erheblich. Da es bei der schwierigen Wirtschaftslage nicht ausgeschlossen ist, daß manche Firmen ihre Messenpläne nicht in dem geplanten Umfang verwirklichen können, besteht die Möglichkeit, daß einzelne Interessenten noch kurz vor der Messe freierwerdende Stände erhalten können. Aber auch in diesen Fällen können Firmen nur in der Reihenfolge, in der sie sich vormerken lassen, berücksichtigt werden.

Wirtschaft.

Die Monopolisierung der landwirtschaftlichen Zuckerverzuckerung und die Errichtung einer staatlichen Zuckerraffinerie wird in einem Memorandum des Nationalen Verbandes landwirtschaftlicher Produzenten an den Finanzminister gefordert, dessen Vorlauf die Monatschrift „Gutworts“ veröffentlicht. Darin wird unter ausführlicher Darlegung der Rentabilität des Zuckerrübenbaus darauf hingewiesen, daß die auf verschiedenen Gütern gemachten Versuche außerordentlich erfolgreich gewesen seien. Stellenweise seien bis 547 Zentner Rüben je Hektar geerntet worden, die bei der Verarbeitung in Rastenburg 13,28 Prozent Zucker ergaben. Der aus der Errichtung einer eigenen Zuckerraffinerie dem Staate zukommende Gewinn wird auf etwa 10 Millionen Lit jährlich errechnet, wobei nur der Inlandsverbrauch berücksichtigt ist. Die Förderung der Zuckerindustrie würde außerdem einen Abfluß von mindestens 40 Millionen Lit jährlich nach dem Auslande verhindern.

Für den staatlichen Waldbesitz in Polen wird nach einer Verfügung des Präsidenten der Republik in Nr. 56 des „Dziennik Ustaw“ ein selbständiges staatliches Unternehmen mit besonderen Statuten geschaffen, das den Namen „Polnische Staatswälder“ führen soll. Das neue Unternehmen ist dem Ministerium für Landwirtschaft und staatliches Eigentum unterstellt.

Verkehr.

Die Tschechoslowakische Oberpostdirektion A.-G. ist kürzlich mit einem Kapital von 10 Millionen Kronen gegründet worden. Die konstituierende Generalversammlung fand im Prager Handelsministerium statt, da der Staat an dieser Gesellschaft, ähnlich wie bei der Elbe- und Donau-Schiffahrtsgesellschaft, mit 72 Prozent des Kapitals beteiligt ist. Am 1. August gehören zu den Aktionären die Witkowsky Eisenwerke und einige Berg- und Hüttenwerke. Zum Direktor der Gesellschaft wurde Kapitän Wurdak bestellt und zum Präsidenten des Verwaltungsrates der bekannte Generaldirektor Dr. A. Sonnenfeldin gewählt. Sitz der Gesellschaft ist Prag, doch wird die Betriebsleitung in Witkowitz sein.

Von den Banken.

Bankausweis der Bank Polski vom 10. Juli. In Zloty. Aktiva: Gold in Barren und Münzen 83 759 646 004. 00 (+366 732.11). Devisen und Saluten 258 996 792.95 (+ 2024 406.03). Wechselportefolio 147 557 384.03 (+ 8 695 141.11). Darlehen durch Wertpapiere gedeckt 6 662 231.20, durch Devisen gedeckt 274 786.17, zusammen 6 937 017.37 (+ 1 110 046.28). Zinsloser Staatskredit 17 227 173.38 (+ 17 227 173.38). Andere Aktiven 62 363 102.16 (+ 2 987 535.57). Passiva: Grundkapital 100 000 000.00 (unverändert). Banknoten-umlauf 351 875 700.00 (+ 17 469 970.00). Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen 117 996 207.39 (+ 8107 848.60). Andere Passiven 6 969 207.94 (+ 358 143.81). Gesamtsumme der Bilanz 576 841 115.33. Diskontsätze: Wechseldiskont 12 %, Lombard bei Wertpapieren 16 %. Anmerkungen: Das staatliche Golddepot betrug am 10. Juli 1924 7 021 991.70 Zloty. Der Banknotenumlauf der P. R. R. betrug am 10. Juli 1924 71 998 900 871 910.00 Polenmark.

Von den Märkten.

Solz. Lemberg, 19. Juli. Kleber I. und II. Sorte unbeschnittenen Tischlerholz 60. Bauholz 35. Tischlerholz in Etage 1.80, sekundäre Sorte 1.60. Tendenz unklar, mittlere Nachfrage. Das Angebot deckt die Nachfrage.

Vieh. Krakau, 19. Juli. Bullen 0.55—0.75, Ochsen 0.66 1/2—0.94, Kühe 0.58 1/2—0.78, Kälber 0.61—0.89, Färsen 0.50—0.78, Schweine Lebendgewicht 1.00—1.55. Tendenz steigend. Aufgetrieben wurden 981 Minder.

Myslowitz, 19. Juli. Aufgetrieben wurden 662 Kühe, 155 Färsen, 14 Ochsen, 77 Bullen, 135 Kälber, 1636 Schweine, im ganzen 2669 Stück. Für 1 Mille Lebendgewicht wurden am 14. und 15. d. Mts. gezahlt: Schweine I. Sorte 1—1.15, II. Sorte 0.85—0.95, III. Sorte 0.65—0.80, Rinder I. Sorte 0.75—0.85, II. Sorte 0.65—0.75, III. Sorte 0.55—0.65, Kälber 0.65—0.75. Am 17. und 18. d. Mts. wurden für 1 Mille Lebendgewicht gezahlt: Schweine I. Sorte 1—1.20, II. Sorte 0.85—0.95, III. Sorte 0.65—0.80, Rindvieh und Kälber unverändert. Großes Angebot und beträchtliche Nachfrage. Tendenz fest und lebhafter Verkehr.

Produkten. Warschau, 19. Juli. Im privaten Verkehr wurden für 100 kg netto in Zloty franko Verladung notiert: Weizen 25, Roggen 11.50, Hafer 14.50, Raps 25, Roggenkleie 7.50, Weizenkleie 17, Rapskuchen 14.75, franko Warschau für 1 kg Weizenmehl 50%, 45, Roggenmehl 50%, 26. Lage unverändert.

Edelmetalle. Warschau, 19. Juli. Die Preise halten sich auf gleicher Stufe. Notiert wurden für 1 Gramm Platin 16, Gold 3.60, Silber 110 das kg, für 1 Goldrubel zahlte man 2.77, für 1 Silberrubel 1.85, für Platin 0.85.

Fahrbare Wolf-Colomobile,

Sechspannig, mit Lederbügel, Baujahr 1916, nom. 12 Pferdige, eff. 28, 33, 48 PS., sehr preiswert abzugeben. Colomobile ist gründlich durchgeputzt, antilich neu abgenommen und garantiert betriebsfähig, in Leistung einer neuen gleichwertig. Geeignet als Dreschlokomobile und für Industriezwecke. (8450) Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Bei Inkrafttreten des neuen Mieterschutzgesetzes

am 1. Juni 1924, sowie bei der jeweiligen Erhöhung der Mieten in den nächsten Quartalen, ist es von Wichtigkeit, daß jeder Mieter ein

Mieterschutzgesetz

besitzt. — Wir haben das Gesetz in handlichem 80 Format herausgegeben.

Es kostet geheftet, 16 Seiten stark, 50 Groschen, nach auswärts mit Portozuschlag und Nachnahme. An Buchhändler mit üblichem Rabatt. Das neue Mieterschutzgesetz ist auch im Gesetz- u. Verordnungsblatt der deutschen Sejmaktion, Poznań, Wahlbezirk 2, erschienen. — Preis 50 Groschen. Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Abt. Versandbuchhandlung, Poznań, ul. Zwirzyniecka 6.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Zloty		
Wertpapiere und Obligationen:	21. Juli	19. Juli
6proz. Bisth. poln. Ziemstwa Kred.	—	4.20
Bony Zloty	0.78—0.79	0.78
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	2.60	2.60
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.—XI. Em. (exkl. Kup.)	—	4.30
Polst. Bank Handl., Poznań I.—IX. (exkl. Kup.)	—	2.25
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1.80	—
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. o. Kup. o.	—	2.10
Brovar Protoszyński I.—V. Em. (exkl. Kup.)	0.70	2.55
Centrala Skór I.—V. Em. (exkl. Kup.)	2.50	—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (exkl. Kup.)	0.30	0.30
Gopłana I.—III. Em. exkl. Kup.	2.70	—
Herzfeld-Viktoria I.—III. Em. (exkl. Kup.)	3.40	—
Dr. Roman May I.—V. Em. o. Bezr.	19	22.50—22
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	—	0.50
Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu	—	4
Płotno I.—III. Em. (exkl. Kup.)	0.50	0.50
Pneumatik I.—IV. Em. ohne Bezugsr.	—	0.20
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. (exkl. Kup.)	1.00	—
Statogrodzka Fabr. Mebl. I.—II. Em. (exkl. Kup.)	—	0.50
Tri I.—III. Em. exkl. Kup.	—	8.75
Unja (früher Brest) I. u. III. Em. (exkl. Kup.)	—	5.50
Wista, Bydgoszcz I.—III. Em. (exkl. Kup.)	9.00	9.50
Wojciechowo Tow. Mle. I.—III. Em. ohne Bezugsr.	—	0.50
Wytornia Chemiczna I.—VI. Em. (exkl. Kup.)	0.40	0.40
Tendenz: behauptet.		

Industrie.

Um die Aufrechterhaltung des polnischen Zolltariffs für Zellulose bemühen sich die inländischen Zellulosefabrikanten und sind deshalb an die Regierung mit dem Ersuchen herantreten, die jetzt bestehenden Zolleremäßigungen von 20 Prozent aufzuheben und den vollen Zoll von 5 Zloty einzuführen. Das Gesuch wurde mit der schwierigen Lage der Zelluloseindustrie begründet, zumal namentlich in der letzten Zeit größere Mengen Zellulose aus dem Auslande eingeführt worden sind.

Börse.

± Danziger Börse vom 19. Juli. (Antlich.) Warschau 109.22 bis 109.78, Zloty 109.30—109.65, London 25.00, Schweiz 104.14 bis 104.56, Berlin 135.909—136.591.

± Süddeutschen in Berlin vom 21. Juli. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Zloty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 79.49 %, 81.51 %, Białystok 1.84 %, 1.86 %, Riga 80.98 %, 82.57 %, Reval 0.90 %, 0.92 %, Rowno — %, — %, Kattowitz 79.44 %, 81.46 %. Noten: polnische 77.55 %, 81.00 %, lettische — %, — %, estnische 0.84 1/2 %, 0.89 1/2 %, B. Kaufische 39. — %, 41. — %.

± Züricher Börse vom 19. Juli. (Antlich.) Paris 28.00, London 23.97, Newyork 5.46 1/2, Brüssel 25.05, Mailand 23.25, Prag 16.27, Budapest 69. —, Belgrad 6.51 1/4, Bukarest 2.42 1/2.

± 100 Rentenmark = 124.15 Zloty (errechnet aus dem Danziger Zloty und Rentenmarkkurs).

Warschauer Vorbörsen vom 21. Juli.

(In Zloty)

Dollar 5.16, Engl. Pfund 23.15, Schweiz. Franken 93.65, Franz. Franken 26.16.

Antliche Notierungen der Posener Getreidebörse

vom 21. Juli 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggono-Lieferung loco Verladestation in Zloty.)

Weizen	21.50—23.50	Roggenmehl II. Sorte	19.80
Roggen	10.40—11.40	(65 % inf. Säde)	
Weizenmehl	37.00—39.00	Wintergerste	11.50
(65 % inf. Säde)		Fruchtgerste	13.00—14.00
Roggenmehl I. Sorte	17.00—18.50	Hafer	12.50—13.50
(70 % inf. Säde)		Roggenkleie	7.00

Die Marktlage im allgemeinen unverändert. Tendenz: ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Sibra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Sibra; für den Anzeigenenteil i. B. S. Sikorski. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Für meinen rituellen Haushalt suche ich eine erfahrene Stütze

mit guten Zeugnissen. Hermann Cohn, Siemianowice (Laurahütte) G. Śląsk.

Forstberatung!

Nachdem die Regierung die Einführung des Dauerwald-Betriebes nicht mehr hindert, übernehme ich noch einige Rediere für künftige Beratung. Gleichzeitig übernehme ich die forstliche Behandlung von Eisenstrich-Reviere. Oberförster Rolle, Linie, Post Lwówek, Kreis Nowy Tomysl.

Rontoridin

mit langjähr. Praxis in sämtlichen Bürofachern, Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung, sowie poln. Sprachkenntnissen sucht Stellg. Gesl. Off. erb. u. 5278 a. Geschl. u. B. I.

X Diebstahl. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung im Hause ul. Zydowska 15 (fr. Michael Herzstraße) ein Bismarckknäuel im Werte von 100 Zloty; aus dem Hause ul. Woźna 25 (fr. Bittkestraße) ein schwarzer Winter- und ein grauer Herbstüberzieher, sowie ein Paar Beinkleider im Werte von 250 Zloty; aus der Malecki 44 (fr. Neue Gartenstraße) ein Herrenanzug, Überzieher, Schuhe und Wäsche für 185 Zloty.

X Polizeilich festgenommen wurden am Sonnabend und Sonntag 13 Betrunkene, 13 Dirnen und 3 Obdachlose.

* Verent. 18. Juli. Am Sonntag früh fuhr der Besitzer Gubb aus Neu-Richau auf der Chaussee in der Nähe von Alt-Richau, Kr. Verent. Bei dem Geräusch, das eine dem Fuhrwerk entgegenkommende Kuh beim Hineinlaufen in ein Kornfeld verursachte, schrien die beiden Pferde, zwei schöne Kühe, sprangen in den Chausseegraben, wobei der Wagen umstürzte, rissen sich los und rieten blindlings davon. Etwa fünfshundert Meter weiter rannten sie derart heftig gegen einen Baum, daß das eine Tier sofort tot war und das andere wegen seiner schweren Verletzungen gleichfalls getötet werden mußte. Die Wageninsassen hatten sich unverletzt unter dem beschädigten Wagen hervorarbeiten können.

* Culm, 18. Juli. Der Professor Franz Schulz, der am hiesigen katholischen Gymnasium in früheren Jahren längere Zeit wirkte und ein Geschichtler der Stadt Culm herausgab, ist in Gungig im 82. Lebensjahre gestorben.

* Dirschau, 18. Juli. In der Weichsel ertrunken ist gestern Abend an der hiesigen Dampferanlegestelle der Steuer-mann Josef Luczewicz von dem Thurner Dampfer „Kopernik“. Er fuhr in Begleitung von anderen Leuten von demselben Dampfer in einem Boot an ein im Strom haltendes Ockerbath, um dem ihm bekannten Besitzer einen Besuch abzustatten. Hierbei kam er im Boot zu Fall und stürzte in die Weichsel. Trotz sofort ver-suchter Rettungsversuche konnte er von seinen Kollegen nicht ge-rettet werden; da er aufschwimmend unter den Ockerbath geraten war, konnte seine Leiche bisher nicht geborgen werden. Der Ertrunkene war verheiratet und Vater von vier Kindern. — Den Weichsel-strom durchschwommen hat vorgestern nachmittag ein Bulle einer im jenseitigen Plesauer Aufwendeig weidenden Minderherde. Das Tier hatte sich dort zwischen der Herde recht störrisch gezei-gt, worauf es dann, als ein Hühnerhund es jagte, in den Weichselstrom sprang und nach dem diesseitigen Ufer herüber schwamm. Einige hier sich aufhaltende Männer und Soldaten griffen den Bullen dann von einem Boot aus im Wasser auf und brachten ihn vor-läufig in einem Stalle unter.

Wollstein, 19. Juli. Eine Kreis kommunal-Erb-schafts- und Einkommensteuer, und zwar mit 2 Pro-zent der staatlichen Steuer im zweiten Verwandtschaftsgrade, mit 5 Prozent im dritten und mit 10 Prozent in allen weiteren Graden ist für unseren Kreis angenommen und bestätigt worden. Erb-schaften im ersten Verwandtschaftsgrade unterliegen der Steuer nicht.

p. Wogrowitz, 20. Juli. In der vergangenen Nacht brach im Betriebe der Gebrüder Barozewski gegen 2 1/2 Uhr ein ge-waltiges Großfeuer aus, das den Betrieb völlig in Asche legte. Es handelt sich, das Feuer gleichzeitig an allen vier Ecken ausbrach, offenbar um eine absichtliche Brandstiftung. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurden zwei Personen festge-nommen.

Aus Kongressen und Saligen.

* Kielec, 18. Juli. Zwei Einbrecher, die in die Wohnung eines gewissen Jan Pietrus in Włocławek Stradachasta in der Um-gebung von Kielec eindringen wollten, erhielten eine furcht-bare Strafe. Die beiden waren durch ein offenes Fenster eingekriegen und trugen bereits in einem Zimmer eine ganze Reihe von Gegenständen, die ihnen des Mitnehmers wert schienen, zusammen, als die Hausbewohner erwachten und die beiden Diebe bemerkten. Sofort wurde Alarm geschlagen, und die Nachbarn eilten herbei und stürzten sich mit vereinten Kräften auf die Ein-brecher, die mit Ketten, Knütteln, Steinen und allen möglichen anderen Waffen so schwer herbeigeklopft wurden, daß alle beide starben. Es handelt sich um zwei herabgeworfene Ver-brecher namens Ludwig und Stanislaus Gruska.

* Warschau, 15. Juli. Einem Polizeibeamten gelang es, durch Zufall einige falsche Dollarnoten anzufassen, die von einem gewissen Marjan Kozłowski in Umlauf gebracht werden sollten. Es handelt sich um Scheine, die durch Veränderung der Ziffern in höhere Werte verwandelt worden waren. Vorläufig hat sich allerdings noch nicht feststellen lassen, ob der Verhaftete von den Fälschungen genutzt hat oder an ihnen selbst beteiligt gewesen ist. Er bestreitet das und erklärt, von einem anderen Händler hineingelegt worden zu sein.

* Krakau, 18. Juli. Die 19jährige Absolventin des 5. Kurses des Privatseminars in Jasło, Marie Josefa Komalska, wurde auf dem Wege von Jasło nach Kolozyn im Walde von dem aus dem Gefängnis geflohenen Julian Gładz überfallen und erdrosselt. Der Mörder verurteilte die Leiche in schänd-licher Weise, nahm einige Kleidungsstücke an sich und floh, wurde jedoch festgenommen.

Aus Ostdeutschland.

* Königsberg i. Pr., 17. Juli. Als der Kriminalassistent Kuchenbeker zusammen mit einem Kollegen W. in der im Hause Wilowstraße 16 belegenen Wohnung des Tischlerge-fellen Fritz Kachigall erschien, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, an die sich die Verhaftung des der Polizei schon lange als Kom-munist bekannten Kachigall schließen sollte, zog der Kommunist einen Revolver hervor und gab, ehe der Kollege des Kriminal-assistenten es verhindern konnte, auf Kuchenbeker einen Schuß ab, dessen Kugel dem Betroffenen in den Unterleib drang und ihn dermaßen schwer verletzete, daß sein Zustand als hoffnungslos gilt. In der allgemeinen Verwirrung gelang es dem Mordge-fellen, zu entfliehen; trotz sofort aufgenommenen Verfolgung blieben alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Flüchtigen ohne Erfolg.

* Syd i. Östpr., 17. Juli. Ertrunken ist hier der Güteragent Otto Bietz. Der Unfall ereignete sich beim Fahren mit einem Paddelboot, welches Sport er mit einem anderen Herrn aus-übte. Während letzterer durch Schneidemühlenscher Schütz gerettet werden konnte, versank B. in die Tiefe.

* Aus Ostpreußen. 17. Juli. In der Forsterei Schmallenberg Ostpr. traf am Sonntag früh ein Forstschußbeamter den Postmann Kunkel aus Szargyllen beim Wildern. Auf den Anruf des Beamten legte der Wilderer das Gewehr auf den Beamten an. Dieser kam ihm zuvor und erschoss den Kunkel.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anstalten werden unteren Seiten gegen Einsendung der Belegquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen erfolgt nur nachnamensweise und wenn im Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

S. F. Nr. 3553. 1. 50 Zloty. 2. Wenn Sie das „Posener Tageblatt“ aufmerksam gelesen hätten, dann müßten Sie wissen, daß die Paktage durch Annahme des Gesetzes auch im Senat erledigt ist, und daß die „billigen“ Paktage vom 1. August d. J. ab gelten sollen. 3. Siehe unter 1. 4. Diese Frage können wir weder bejaen noch verneinen. 5. Es ist anzunehmen, daß Sie in eine nicht unerhebliche Geldsraie genommen werden.

G. 3. Brz. Nach der polnischen Auswertungsverordnung vom 14. Mai 1924 können Sie zur Buzahlung herangezogen werden. In welcher Höhe, können wir Ihnen nicht sagen.

Neubestellungen

auf das Posener Tageblatt für den Monat August werden von allen Postanstalten, Briefträgern, den Posener Ausgabestellen, sowie von der Geschäfts-stelle Zwirzyniecka 6 (Zierartenstraße) entgegengenommen.